

AUSLANDSINFORMATIONEN

Sonderausgabe

in Kooperation mit

Frankfurter Allgemeine

Bündnis unter Druck
Ist der Westen noch zu retten?

AUSLANDSINFORMATIONEN

Sonderausgabe 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Amtszeit von US-Präsident Donald Trump neigt sich dem Ende entgegen. Es ist wohl keine Übertreibung, festzustellen, dass es um das transatlantische Verhältnis schon einmal besser bestellt war. Das Vertrauen der Europäer in die USA ist gesunken, die transatlantische Partnerschaft belastet. Vier Jahre Trump haben ihre Spuren hinterlassen. Die Schnittmengen zwischen den transatlantischen Partnern haben sich in den vergangenen Jahren zweifelsohne verringert. Dies wird in zahlreichen Beiträgen der vorliegenden Sonderausgabe der Auslandsinformationen deutlich, die in Kooperation mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entstanden ist. Die enthaltenen Texte zeichnen gleichwohl ein vielschichtiges Bild von Zustand und Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft.

Wandel und Kontinuität in der US-Außenpolitik

Strafzölle, US-Truppenabzug aus Deutschland, Austritt aus dem Atomabkommen mit Iran: An Kontroversen hat es in den vergangenen vier Jahren nicht gemangelt. Nicht alle Spannungen in den europäisch-amerikanischen Beziehungen sind indes auf grundlegend neue Weichenstellungen in der US-Außenpolitik zurückzuführen. Trumps Kritik an der aus seiner Sicht unfairen Lastenverteilung innerhalb der NATO etwa ist inhaltlich nicht neu – wird von ihm nur schärfer formuliert als von seinen Amtsvorgängern. Und auch der Rückzug der USA aus internationalen Verpflichtungen und multilateralen Zusammenhängen hat seine Vorläufer. Die „unilaterale Wende“ der amerikanischen Außenpolitik ist historisch betrachtet kein vollständiger Bruch, sondern folgt in Teilen der traditionellen amerikanischen Logik, die das multilaterale System realpolitisch als Mittel zum Zweck – der Durchsetzung amerikanischer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen – betrachtet.

Gleichwohl hat sich die Trump-Administration in Teilbereichen deutlich von politischen Traditionslinien abgesetzt – auch von jenen der Republikanischen Partei. Als klarer Bruch lässt sich etwa der Protektionismus in der Handelspolitik identifizieren, dem eine stärker auf Freihandel ausgerichtete europäische Haltung gegenübersteht. In der Handels- und Wirtschaftspolitik gehen die Positionen der transatlantischen Partner teilweise weit auseinander.

Europäische Verunsicherung

Fraglos haben sich mit Donald Trump auch Stil und Rhetorik im Weißen Haus geändert, der Umgangston im transatlantischen Bündnis ist ein anderer. Durch den transaktionistischen, teils erratischen Stil Trumps hat eine neue Logik Einzug in die US-Außenpolitik gehalten. Getreu dem Motto „America first“ wird die amerikanische Außenpolitik stärker an innenpolitischen Wählergruppen ausgerichtet. Die Politik Trumps ist Symptom eines tiefergreifenden innenpolitischen Wandels in den USA. Sie trägt der zunehmenden Spaltung der amerikanischen Gesellschaft Rechnung, die sich bereits seit mehreren Jahren abzeichnet und Resultat eines wirtschaftlichen und soziopolitischen Strukturwandels ist. Auch im Umgang mit der Coronapandemie hat sich diese stark auf die Innenpolitik ausgerichtete Orientierung wieder einmal gezeigt.

Für die Europäer stellt dies vor allem mit Blick auf die Sicherheitspolitik eine große Herausforderung dar. In diesem Bereich ist die Abhängigkeit Europas vom amerikanischen Verbündeten besonders groß – und damit auch die Verunsicherung, wenn der vormalige Sicherheitsgarant alte Gewissheiten zur Disposition stellt.

Die transatlantischen Beziehungen bleiben alternativlos

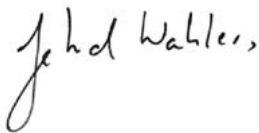
In vielen Bereichen überschneiden sich die Interessen der transatlantischen Partner dagegen weiterhin. Das gilt beispielsweise im Bereich der Digitalisierung, wo die USA im Konkurrenzkampf mit China auf verlässliche Partner angewiesen sind. Dabei geht es auch darum, die liberale Ordnung zu verteidigen und für das digitale Zeitalter weiterzuentwickeln. Gegenüber China und Iran verfolgen die USA und Deutschland durchaus kongruente Ziele, wenngleich man über die Mittel nicht immer einig ist.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, mit den USA im Dialog zu bleiben und die Beziehungen pragmatisch auszugestalten. Deutschland kann die für seine Interessen unerlässliche regelbasierte Weltordnung nicht ohne die USA und erst recht nicht gegen die USA verteidigen. Transatlantische Freundschaft heißt dabei nicht, durchgängig einer Meinung zu sein. Deutschland und die EU müssen Mut zur klaren Positionierung beweisen. Sachliche Kritik wird in den USA – wenn nicht von allen, so doch von vielen – auch als Stärke und Zeichen des Respekts verstanden.

Im Hinblick auf die multilaterale Ordnung müssen Deutschland und die Europäische Union aktiv in die Bereiche vordringen, aus denen sich die USA zurückziehen. Klar ist allerdings auch: Mit dem Bemühen um multilaterale Partner können die transatlantischen Beziehungen komplementiert, nicht aber ersetzt werden. Maßgeblich entscheidend wird sein, die Europäische Union nach innen und außen handlungsfähiger zu machen und mehr Verantwortungen in der internationalen Politik zu übernehmen.

Das transatlantische Bündnis mag sich derzeit in schwierigem Fahrwasser befinden. Es bleibt jedoch unverzichtbar – und das unabhängig davon, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr 

Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

Bündnis unter Druck

Ist der Westen noch zu retten?



BINNENPERSPEKTIVEN

8 **Ai**

Ernüchterung

Die europäische Perspektive auf die transatlantischen Beziehungen

[Olaf Wientzek](#)

10 **F**

Es kann noch schlimmer kommen

Schon jetzt ist dank Trump viel Gift im transatlantischen Verhältnis

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

13 **Ai**

„Eine geteilte Nation“

Die USA nach vier Jahren Donald Trump

[Paul Linnarz](#)

15 **F**

China gewinnt, Amerika verliert

Die Pandemie macht China für viele Deutsche plötzlich zum Partner

[Lorenz Hemicker](#)

18 **F**

Das Ende der Gemütlichkeit

Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen. Doch was heißt das?

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

REGIONALE PERSPEKTIVEN

20 **Ai**

Viel Lärm um nichts

Trumps Afrikapolitik und ihre Folgen für Europa

[Christoph Plate](#)

22 **Ai**

Mehr als Mauern

Lateinamerikas Rolle im Dreieck mit Europa und den USA

[Hans-Hartwig Blomeier](#) / [Patricio Garza Girón](#) / [Christian E. Rieck](#)

24 **Ai**

Tiefe Brüche

Transatlantische Divergenzen im Nahen Osten

[Canan Atilgan](#)

26 **Ai**


Seitenwahl?


Strategische Optionen Europas im asiatischen Jahrhundert


[Peter Hefe](#) / [Isabel Weininger](#)





THEMATISCHE PERSPEKTIVEN


28  **Der gefährliche Wandel der Globalisierung**
Müssen wir uns zwischen Amerika und China entscheiden? Vielleicht gibt es nur einen Ausweg
[Alexander Armbruster](#)


30  **Schwer belastet**
Was wird in Zukunft aus der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft?
[David Gregosz](#)

32  **Wer ist Münchens Geisterfahrer?**
Nur Verachtung hat Außenminister Pompeo für die Analyse des Bundespräsidenten:
Der Westen sei nicht am Ende, sondern auf dem Siegeszug
[Andreas Ross](#)


35  **Europa muss sich mehr zutrauen**
Macrons Wortwahl mag irritieren.
Unzutreffend ist seine Kritik nicht
[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

37  **Unilateralismus und Rückzug**
(K)eine neue US-Sicherheitspolitik in der Ära Trump
[Nils Wörmer / Philipp Dienstbier](#)

39  **Nur auf dem Papier ist alles bestens**
EU-Staaten wollen engere militärische Kooperation
[Thomas Gutschker](#)

41  **Kompliziert, aber unerlässlich**
Die transatlantischen Beziehungen zwischen digitaler Souveränität und Geopolitik
[Sebastian Weise](#)

43  **Frischer Wind in den transatlantischen Beziehungen?**
Was ein Regierungswechsel im Weißen Haus für die Klimapolitik bedeuten könnte
[Sabina Wölkner](#)

45  **Zerstörer der liberalen Weltordnung?**
Trumps Unilateralismus und seine Folgen
[Andrea Ellen Ostheimer](#)

47  **Heimspiel in Harvard**
Merkel redet an der renommierten Universität über das Einreißen von Mauern, über Lügen und Wahrheiten – und kritisiert Trump, ohne ihn zu nennen
[Majid Sattar](#)



Ernüchterung

Die europäische Perspektive auf die transatlantischen Beziehungen

Olaf Wientzek

Der Schock nach den US-Präsidentenwahlen 2016 ist in der EU schnell Ernüchterung gewichen. Die europäischen Reaktionen auf die neuen transatlantischen Unwägbarkeiten waren vielfältig: alleine vorangehen, gleichgesinnte Partner suchen, Reihen schließen, sich mit der neuen Administration arrangieren.

Einige Bedenken (eine Schwächung der NATO und ihrer Rolle in Mittelosteuropa) stellten sich als übertrieben oder unbegründet heraus. Andere wurden bestätigt, etwa die Relativierung internationaler Organisationen und Abkommen. Die als konfrontativ und unberechenbar wahrgenommene Haltung der USA führt auch bei überzeugten Transatlantikern zu großer Ernüchterung. Sinnbildlich dafür waren die Worte des damaligen Präsidenten des Europäischen Rats, Donald

Tusk, im Mai 2018: „Mit Freunden wie diesen, wer braucht da Feinde?“

Diese Ernüchterung ist nicht überall gleich stark, gerade in Polen und auf dem Baltikum gelten die USA weiterhin als zuverlässiger Sicherheitsgarant. Nach Umfragen ist in der Öffentlichkeit das Misstrauen gegenüber den USA vor allem in Westeuropa, den skandinavischen Ländern und auf der iberischen Halbinsel ausgeprägt, weniger in den 2004 und 2007 beigetretenen Ländern Mittelosteuropas.

Auf wenig Verständnis trifft in der EU die Schwächung internationaler Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durch die USA. Die EU vertritt einen tendenziell anderen Ansatz

gegenüber dem Multilateralismus: Zwar sehen USA wie EU problematische Entwicklungen, u. a. den wachsenden internationalen Einfluss Chinas auch in internationalen Organisationen, mit Sorge. Aber während die USA unter Trump letztere als Konsequenz lahmlegen oder ihnen den Rücken kehren, neigen die Europäer dazu, Probleme lieber informell anzusprechen, nach Kompromissen zu suchen und globale Foren letztlich zu stützen. Des Weiteren versucht die EU alternative Allianzen zu bilden, u. a. in der WTO, im Bereich der Globalen Gesundheit oder in der Klimapolitik, teils mit Einbezug Chinas. Multilateralismus gilt vielen in der EU als Wert per se, die von Deutschland und Frankreich initiierte Allianz für den Multilateralismus deutet auch in diese Richtung.

Die Bilanz dieser europäischen Reaktion ist gemischt: In einigen Streitfragen (Handelspolitik) gelang es, die Reihen zu schließen oder alternative Allianzen zu schmieden, in anderen Bereichen (Strategie gegenüber China, Aufwertung des sicherheitspolitischen Engagements, Lösung schwelender Konflikte in der EU-Nachbarschaft) zeigen sich (noch) die Grenzen der Träume von „europäischer strategischer Autonomie“. Während die EU bei vielen sogenannten *soft power*-Themen, wie etwa Globaler Gesundheit, Führungsqualitäten zeigt, bleibt die Asymmetrie zwischen beiden Partnern bei *hard power*-Themen bestehen. Auch wenn die seit 2016 unternommenen sicherheitspolitischen Bemühungen der EU besser sind als ihr Ruf, so scheint es insbesondere angesichts der COVID-19-bedingten wirtschaftlichen Krise wenig wahrscheinlich, dass sich an dieser ungleichen sicherheitspolitischen Lastenverteilung und damit einem zentralen Streitpunkt in den Beziehungen beider Seiten etwas ändern wird – noch mehr nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs.

Gleichwohl bemüht sich die EU, den Gesprächsfaden mit den USA in mehreren Dossiers wieder aufzunehmen. Denn: Alternativen zur transatlantischen Partnerschaft sind dünn gesät. Wenn auch die Ouvertüren des französischen Präsidenten gegenüber Moskau und seine Äußerungen zur NATO („hirntot“) für Unruhe sorgten,

so gilt ein Schwenk zu einer Politik der Äquidistanz weder als eine realistische Alternative noch als mehrheitsfähig. Eine größere Herausforderung ist die Erarbeitung einer kohärenten, eigene Interessen berücksichtigenden und gleichzeitig zum transatlantischen Partner anschlussfähigen Strategie gegenüber China. Während die USA sich bereits auf einen Systemwettbewerb mit Peking vorbereiten, beginnen die verschiedenen Akteure in der EU erst damit, eine Strategie zu entwickeln. Offenbar gab es bis zum Frühjahr 2020 selbst innerhalb der Europäischen Kommission unterschiedliche Ansichten darüber, ob China als strategischer Rivale einzuschätzen ist, von den sehr unterschiedlichen Positionierungen (und Abhängigkeiten) der Mitgliedstaaten gegenüber Peking ganz zu schweigen. Solange sich hier nicht eine klare Strategie herauskristallisiert, wird es – unabhängig von der politischen Couleur im Weißen Haus – immer wieder zu transatlantischen Misstönen bei dieser für Washington prioritären Frage kommen.

Der Zustand der transatlantischen Beziehungen zwingt die EU dazu, eine strategische Debatte zu führen, auf die sie bislang kaum vorbereitet schien. Insofern war das Aufwachen aus der transatlantischen Traumwelt unvermeidlich, geschah aber ruppiger, als es der EU lieb sein kann. Wichtig wäre es, auch einem schwierigeren transatlantischen Partner deutlich zu machen, dass funktionsfähige internationale Institutionen und enge transatlantische Zusammenarbeit – auch in den multilateralen Organisationen in Genf und New York – entscheidende Faktoren im globalen Systemwettbewerb sind.

Dr. Olaf Wientzek ist Leiter des Multilateralen Dialogs der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Genf.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2020, Nr. 129, S. 8](#)

Es kann noch schlimmer kommen

Schon jetzt ist dank Trump viel Gift im transatlantischen Verhältnis

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

Viel ist in den vergangenen Wochen darüber spekuliert und räsoniert worden, wie die Corona-Pandemie wohl die internationale Politik verändern und ob es wohl einen neuen Anstoß zu globaler Zusammenarbeit geben werde. Die meisten Betrachtungen fielen pessimistisch aus; das gilt in Sonderheit für das amerikanisch-chinesische Verhältnis, das sich weiter auf eine offene Konfrontation zubewegt, und zwar auf vielen Feldern der Politik. Auch im transatlantischen Raum wird die politische Temperatur, also die Konfliktintensität, gemessen: Wie wird sich das europäisch-amerikanische Verhältnis verändern, und wie wird es in der „Nach-Corona-Zeit“ aussehen? Nicht gerade überraschend, fallen die Prognosen

auch für dieses Beziehungsbündel eher düster aus: „Trumps Covid-19-Antwort vertieft die transatlantische Kluft“, lautet das Fazit Luigi Scazzieris in einem Beitrag für das Londoner Centre for European Reform. „Die Pandemie macht die transatlantischen Beziehungen noch toxischer“ ist das Ergebnis, zu dem Erik Brattberg für die „Carnegie-Denkfabrik“ schon vor ein paar Wochen gekommen ist.

Hätten die beiden Autoren ihre Analysen zu Beginn dieser Woche verfasst, also in Kenntnis der Proteste gegen Polizeigewalt in den Vereinigten Staaten sowie der Äußerungen und der Auftritte des amerikanischen Präsidenten Trump, die transatlantische Kluft, in die sie

blickten, wäre wohl noch tiefer gewesen. Die Europäer seien „entsetzt und schockiert über den Tod George Floyds“, sagte der EU-Außenbeauftragte Borrell und äußerte Unterstützung für die legitimen Proteste gegen Machtmissbrauch und Polizeigewalt. In diesem Sinne äußerte sich auch der deutsche Außenminister Maas. Es sei dahingestellt, ob in den europäischen Reaktionen auf das Geschehen in den Vereinigten Staaten auch hier und da routinierter Antiamerikanismus und eine Portion Selbstgerechtigkeit zum Ausdruck kommen, zumal im Vergleich etwa zu Reaktionen auf den Repressionsaufwand, den China tagtäglich betreibt und demnächst in Hongkong betreiben will.

Doch zweifellos tragen Donald Trumps Rhetorik und Politik des Spaltens nicht dazu bei, die beiden Seiten politisch einander näherzubringen. Und je mehr die Europäer von den Schattenseiten der amerikanischen Gesellschaft und Kultur erfahren, desto mehr werden viele von ihnen ins Grübeln kommen, wie es sich mit der oft beschworenen Wertegemeinschaft tatsächlich verhält. Aber auch da gilt: Rassismus, auch in seiner institutionellen Form, gibt es auch diesseits des Atlantiks! Unter dem Strich aber bleibt: Während die einen erschreckt feststellen, wie groß die Risse im Fundament der amerikanischen Gesellschaft sind, registrieren andere die fortschreitende Entfremdung, nicht zuletzt im deutsch-amerikanischen Verhältnis.

Die Frage also drängt sich auf, wer oder was diesem Prozess Einhalt gebieten oder ihn zumindest abschwächen kann. Natürlich ist die naheliegende Antwort: ein Personalwechsel im Weißen Haus. Unter einem Präsidenten Joe Biden würden sich die Streitpunkte im europäisch-amerikanischen oder im deutsch-amerikanischen Verhältnis nicht in Luft auflösen, jedenfalls nicht alle. Auch der Demokrat Biden würde auf weiter steigenden europäischen Verteidigungsausgaben beharren – was wegen der coronabedingten schweren Wirtschaftskrise und der großen Konjunkturpakete zumindest zweifelhaft ist. Auch er würde über deutsche Exportüberschüsse moseern und generell die wirtschaftliche Enge im europäisch-chinesischen Verhältnis mit Skepsis

betrachten – die amerikanisch-chinesische Systemrivalität treibt nicht nur die Republikaner um.

Aber Biden wäre ein Präsident, auf den die Europäer sich allianz- und ordnungspolitisch stützen könnten. Obamas Vizepräsident verachtet nicht die Bündnisse Amerikas, er schätzt sie, auch als Instrument amerikanischer Interessenpolitik. Er verhöhnt nicht den Multilateralismus, sondern würde amerikanische Verpflichtungen erneuern, vermutlich auch in Organisationen und zu Verbindungen und Verträgen zurückkehren, die Trump verlassen, zerrissen und aufgekündigt hat. Er würde auch, das ist vielleicht das Allerwichtigste, versuchen, die Zerrissenheit in der amerikanischen Gesellschaft sowie die strukturellen Verwerfungen und Defizite abzubauen. Um die Grundlagen Amerikas zu erneuern und zu stärken, bedarf es wahrscheinlich weitaus mehr als nur einer neuen Führung. Aber ohne einen Wechsel an der Spitze dürfte es nicht gehen. Denn Trump, der sich als letzter Hoffnungsträger des weißen Nationalismus inszeniert, feuert die Kräfte der Spaltung und des Ressentiments an. Das tun zwar auch andere, aber er ist der Präsident.

Sollte er dennoch eine zweite Amtszeit erringen – trotz der schrecklichen Corona-Bilanz, trotz düsterer Wirtschaftsdaten, trotz Regierungschaos –, dann hätten die Propheten des Untergangs keinen Mangel an Material. Das europäisch-amerikanische Verhältnis könnte dann wirklich den Bach runtergehen. Trump würde den Europäern nur noch ihre angebliche Nichtsnutzigkeit und Schäbigkeit vorhalten, und diese würden das Vertrauen in das Amerika des Donald Trump dann vollends verlieren. Der Impuls, eigene Wege zu gehen, wäre dann nahezu unwiderstehlich. Trump würde sein Werk der Zerstörung der internationalen Ordnung fortsetzen – und somit China, das er ja eindämmen will, weitere Gelegenheit geben, sich als berechenbarer Hüter des Multilateralismus in Szene zu setzen.

„Eine zweite Amtszeit für Trump birgt das Risiko, das transatlantische Verhältnis dauerhaft zu beschädigen und den Westen als Ganzes zu

schwächen.“ Der Ausblick des Europa-Fachmanns Luigi Scazzieri ist ziemlich düster. Über das transatlantische Verhältnis wurden schon oft Grabreden gehalten, und an Büchern über den Niedergang des Westens mangelt es auch nicht. Zu früh, zu viele! Und doch hat man heute ein ungutes Gefühl. Die Kräfte politischer Resilienz sind nun gefragt.

Klaus-Dieter Frankenberger ist Mitglied der politischen Redaktion der F.A.Z. und verantwortlich für Außenpolitik.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Quelle: © Brian Snyder, Reuters.

„Eine geteilte Nation“

Die USA nach vier Jahren Donald Trump

Paul Linnarz

Dieser Bericht liefert keine Prognosen darüber, welcher Kandidat Anfang November die US-Präsidentschaftswahl gewinnen und wie sich die Mehrheiten im Kongress verändern werden. Aber was bleibt von vier Jahren Donald Trump? Womit würde der US-Präsident bei einer Wiederwahl in die zweite Amtsperiode starten oder welches Erbe würde sein Herausforderer bei einem Wahlsieg antreten? Letztlich geht es natürlich darum, wo die Vereinigten Staaten nicht jetzt, sondern in weiteren vier Jahren national wie international stehen wollen.

Die Auseinandersetzung darüber ist schwieriger denn je. Bereits im Januar kam eine Umfrage des Pew Research Center zum Ergebnis, die USA seien „eine geteilte Nation“. Am Ende der ersten Amtszeit von US-Präsident Trump, nach einem Amtsenthebungsverfahren, monatelangen Protesten gegen Polizeigewalt, Massenarbeitslosigkeit

und zahlreichen Opfern der Coronapandemie haben sich die Fronten noch verhärtet.

Tiefe Risse in der Gesellschaft

Die Polarisierung der US-amerikanischen Gesellschaft zwischen Schwarz und Weiß, Arm und Reich, Stadt und Land, Jung und Alt ist nichts Neues. Inzwischen stellt die Polarisierung nach parteipolitischer Anhängerschaft aber alle anderen Faktoren in den Schatten. Als „stark oder sehr stark“ werden die Konflikte zwischen beiden Parteien inzwischen von 91 Prozent aller US-Amerikaner eingeschätzt – ein so tiefer Graben trennt die Gesellschaft bei keinem anderen Thema.

So meinen 80 Prozent der Demokraten, dass Präsident Trump das Verhältnis zwischen der schwarzen und der weißen Bevölkerung „verschlechtert“ habe. Unter den Anhängern der Republikaner

sind nur 13 Prozent dieser Auffassung. „Medicare for All“, die Idee einer steuerfinanzierten Krankenversicherung für alle Bevölkerungsgruppen, wird von 71 Prozent der Demokraten, aber nur von 29 Prozent der Republikaner befürwortet. Noch stärker gehen die Meinungen beim Thema Waffenbesitz auseinander. Demgegenüber gehört der Schutz gegen die illegale Einwanderung aus Mexiko im Wahljahr 2020 zu den drei wichtigsten innenpolitischen Prioritäten der Republikaner (67 Prozent). Unter den demokratischen Wählern wird das Thema nur von 29 Prozent als bedeutsam eingeschätzt. Größere parteipolitische Schnittmengen bestehen hingegen bei wichtigen internationalen Themen.

„America first“ in der Außenpolitik

Der weltweite Kampf gegen die Verbreitung von Infektionskrankheiten hat sich nach einer Umfrage von Pew im April aufgrund der Coronakrise fast ganz nach vorne geschoben, und zwar sowohl bei den Anhängern der Demokraten als auch bei republikanischen Wählern. Der Bedrohung durch Cyberangriffe aus dem Ausland messen die US-Amerikaner parteiübergreifend ebenfalls eine hohe Bedeutung bei. Weitgehende Übereinstimmung besteht zudem bei der Gewichtung der Themen Terrorismus, Macht und Einfluss der Volksrepublik China und der Verbreitung von Nuklearwaffen. Der eigentliche Unterschied auf der außenpolitischen Ebene bleibt jedoch „America first“.

Für die Mehrheit der republikanischen Wähler ist die Zusammenarbeit mit anderen Ländern vom globalen Klimaschutz über die Bewältigung zwischenstaatlicher und ethnischer Konflikte bis hin zur Entwicklung der Weltwirtschaft deutlich weniger wichtig als für die Demokraten. Das erklärt den konfrontativen und kompromisslosen Stil des Präsidenten im Umgang mit dem Ausland. Von seinen treuen Wählern wird Trump für die anhaltende Kritik an multilateralen Organisationen und Abkommen als „Teflon-Präsident“ gefeiert. Zwar trifft er mit diesem Ansatz den Geschmack seiner loyalen Anhänger; mit den traditionellen Kernpositionen republikanischer Politik hat sein Vorgehen aber nur wenig zu tun.

Die hilflose Partei des Präsidenten

Sicherlich lag Donald Trump mit den 2017 beschlossenen Steuererleichterungen und mit der Deregulierung zahlreicher Auflagen für Unternehmen noch klar auf der republikanischen Linie; die Handelskonflikte mit Europa und China, Sanktionen, Exportbeschränkungen und Importzölle sind mit den wirtschaftsliberalen Grundpositionen der Partei aber kaum vereinbar. Auch die NATO steht im Weißen Haus heute deutlich stärker in der Kritik als unter konservativen Vorgängerregierungen. Bill Weld, in den neunziger Jahren Gouverneur von Massachusetts und einer der wenigen (allesamt völlig aussichtslosen) republikanischen Gegenkandidaten des US-Präsidenten, erklärte vor seinem Ausscheiden im März: „Ich erkenne die Partei heute kaum wieder – zumindest nicht die Partei in Washington D.C.“

Natürlich setzen sich die Republikaner bereits seit Jahrzehnten damit auseinander, wie liberale und sozial-konservative Positionen parteiintern in Einklang gebracht werden können. Das Problem ist heute aber, dass die Anhänger des US-Präsidenten nicht einer bestimmten konservativen Denkschule folgen, sondern der Person Donald Trump. Inzwischen sind vier Jahre vergangen, in denen ein breiter politischer Diskurs über die künftige Richtung der Konservativen vermieden wurde. „Die Republikanische Partei macht irgendwo ein Nickerchen“, meinte bereits 2018 der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner. Nach dem 3. November wissen wir, ob sich die Konservativen in den USA damit einen Gefallen getan haben.

Paul Linnarz ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für die USA mit Sitz in Washington D.C.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.05.2020, Nr. 116, S. 8](#)

China gewinnt, Amerika verliert

Die Pandemie macht China für viele Deutsche plötzlich zum Partner

Lorenz Hemicker

Die Coronavirus-Pandemie ist nicht vorbei. Sie ist nur in eine neue Phase eingetreten. Jedes Fazit ist also zwangsläufig vorläufig. Die Umfrageergebnisse, die am Montagabend vom amerikanischen Pew Research Center und der deutschen Körber-Stiftung vorgestellt wurden, dürften in Berlin und Washington dennoch aufmerksam registriert werden. Denn China hat in der Gunst der Deutschen mit den Vereinigten Staaten fast gleichgezogen. In der Befragung, die im April vorgenommen wurde, gaben 37 Prozent der Bundesbürger an, dass Deutschland eher mit den Vereinigten Staaten enge Beziehungen pflegen sollte als mit China. Für ein engeres Verhältnis mit Peking sprachen sich 36 Prozent aus. Die Umfrageergebnisse markieren eine erdrutschartige Verschiebung im Stimmungsbild. 2019 noch hatte jeder zweite

Deutsche Amerika den Vorzug gegeben und nur jeder vierte China.

Mit dem jüngsten Stimmungsbild hat sich die Sicht der Deutschen der der Amerikaner weitgehend angeglichen. Denn in den Vereinigten Staaten sind die Menschen umgekehrt schon länger gespalten, ob sie ihre Beziehung zu China (44 Prozent) für wichtiger erachten oder zu Deutschland (43 Prozent).

Einig sind sich Amerikaner und Deutsche auch in der Frage, welche Rolle ihre Staaten wechselseitig füreinander spielen. In den Vereinigten Staaten hält jeder Vierte Großbritannien für den wichtigsten außenpolitischen Partner, gefolgt von China mit 18 Prozent. Nur sechs Prozent der befragten Amerikaner schreiben

Deutschland die Rolle als wichtigster außenpolitischer Partner zu – zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Hierzulande sieht die Reihenfolge völlig anders aus. Frankreich gilt mit weitem Abstand für die meisten Deutschen als wichtigster außenpolitischer Partner; und das, obwohl die sicherheitspolitischen Garantien weiterhin in erster Linie von Washington erbracht werden. Der Bedeutungsverlust der Vereinigten Staaten setzt sich in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit derweil weiter fort. Hielten vergangenes Jahr noch 19 Prozent Amerika für den wichtigsten Partner, sind es laut der jüngsten Umfrage nur noch zehn Prozent, gefolgt von China, das mit sechs Prozent für einen ebenso großen Anteil der Deutschen als wichtigster Partner erscheint wie für die Amerikaner Deutschland.

Gespalten sind Amerikaner und Deutsche auch in der Frage, was sie in Zeiten der Corona-Pandemie von weltumspannendem Warenverkehr und Reisen halten sollen. In Deutschland geben 59 Prozent der Befragten an, dass sie die Globalisierung für gut und förderlich für das

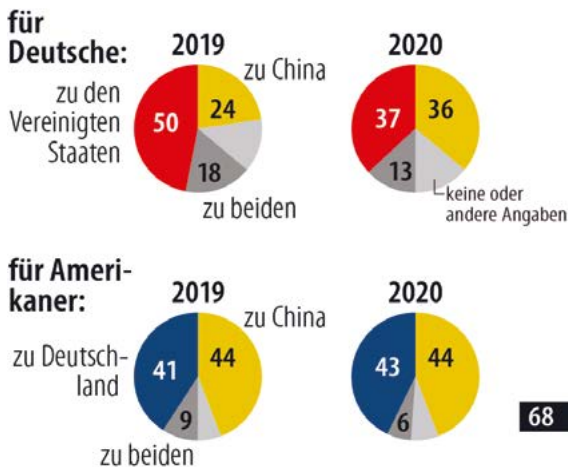
eigene Land halten. Knapp ein Drittel glaubt das Gegenteil. In den Vereinigten Staaten hingegen sind die Menschen zu ziemlich gleichen Teilen uneins. 47 Prozent halten die Wirkung der Globalisierung auf die Vereinigten Staaten für gut, 44 Prozent für schlecht. Dabei verlaufen die Gräben in Amerika und Deutschland unterschiedlich. Ob sie Anhänger der Demokraten oder der Republikaner sind, spielt bei den Befragten in Amerika keine große Rolle. Und das, obwohl Präsident Trump immer wieder Aspekte der Globalisierung kritisiert oder herabwürdigt.

In Deutschland bestehen auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit große Unterschiede, vor allem zwischen Ost und West. Auf der Fläche der früheren Bundesrepublik stehen der Globalisierung 64 Prozent der Befragten positiv gegenüber, ein Viertel negativ. In den fünf gar nicht mehr so neuen Bundesländern sagt knapp die Hälfte der Befragten, die Globalisierung sei schlecht für Deutschland. Auch unter den Parteien gibt es deutliche Unterschiede. Während ein Großteil der Anhänger von Union, SPD,

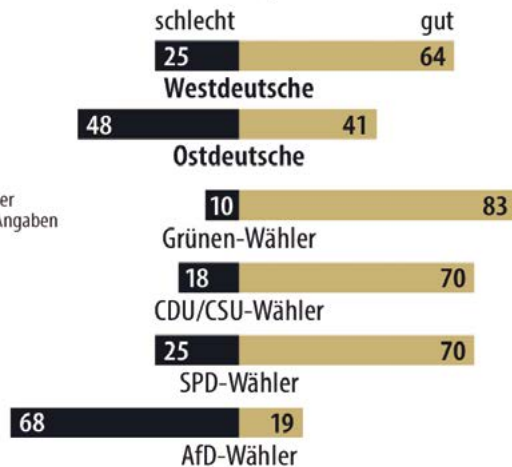
Enge Wunsch-Beziehungspartner und Globalisierung

Umfrageergebnisse im April 2020 in Prozent

Zu welchem Land ist eine enge Beziehung wichtiger?



War die Globalisierung in den letzten Jahren schlecht oder gut für Deutschland?



Quelle: Pew Research, Amid Coronavirus Crisis, Americans and Germans See Changing World In Different Ways (Telefon-Umfrage, Deutschland: 1057 Befragte, 3.–9.4.; Vereinigte Staaten: 1008 Befragte, 21.–26.4.2020. Differenz zu 100: keine oder andere Angaben) F.A.Z.-Grafik Heumann

Grünen, FDP und Linken die Globalisierung für eine gute Sache hält, glauben mehr als zwei Drittel der AfD-Anhänger das Gegenteil. Ähnlichkeiten zeigen sich dies- und jenseits des Atlantiks bei Menschen ähnlichen Alters und Bildungsstandards. Für Amerikaner wie Deutsche gilt: Je jünger und besser sie ausgebildet sind, umso eher überwiegen für sie die Vorzüge der Globalisierung in ihrem Land. Für eine Mehrheit bieten die Corona-Krise und die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Einschnitte auch keinen Anlass, ihr internationales Engagement zu verringern. Im Gegenteil. 68 Prozent der Amerikaner und 73 Prozent der Deutschen vertreten die Ansicht, dass ihre Länder mehr als andere dazu aufgerufen sind, bei der Lösung globaler Probleme zu helfen. Signifikante Unterschiede gibt es dabei unter Parteianhängern. Wähler und Sympathisanten der amerikanischen Demokraten teilen zu 79 Prozent die Ansicht, unter Republikanern ist es nicht einmal jeder Zweite. In Deutschland ist die Auffassung unter AfD-Anhängern mit 36 Prozent der Befragten nur eine Minderheits-, bei den Grünen hingegen fast eine Einheitsmeinung. 94 Prozent ihrer Anhänger sehen es als Aufgabe des Landes an, globale Probleme mit zu lösen.

Die positive Einstellung gegenüber einer vernetzten Welt führt offenbar ebenso wenig wie der Bedeutungszuwachs Chinas dazu, dass die Deutschen realitätsblind werden. Zwei Drittel werfen Peking fehlende Transparenz im Umgang mit der Corona-Pandemie vor. Drei Viertel halten die EU und ihre Mitgliedstaaten für diejenigen, die zur Lösung der Krise in Europa beitragen. Bei China sieht das nur jeder Zehnte so. Eine Rückkehr zu offenen Grenzen in Europa wünschen sich zwar 79 Prozent. Dennoch verlangen 85 Prozent der Bundesbürger von der Bundesregierung, das eigene Land krisenfester zu machen und die Produktion kritischer Güter zurück ins eigene Land zu verlagern, auch wenn das mehr kostet. Der Klimawandel bleibt für die meisten Deutschen (33 Prozent) das Problem mit dem dringendsten Handlungsbedarf, noch vor Gesundheitskrisen wie Corona (25 Prozent), Kriegen (17 Prozent),

Migration (14 Prozent) und Terrorismus (acht Prozent). Von einem sind die meisten Deutschen damit offenkundig überzeugt: Die nächste Krise kommt bestimmt.

Lorenz Hemicker ist Mitglied der politischen Redaktion der F.A.Z.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02.2020, Nr. 40, S. 1](#)

Das Ende der Gemütlichkeit

Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen.
Doch was heißt das?

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

Es war 2002, da warb der damalige Verteidigungsminister Struck für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan mit dem Satz, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt. Der Sozialdemokrat Struck musste sich dafür viel Spott und Kritik anhören, auch aus der eigenen Partei. Achtzehn Jahre später sagt Außenminister Maas, die deutsche Sicherheit werde nicht nur in Vorderasien, sondern auch im Irak, in Libyen und im Sahel verteidigt (und am Verhandlungstisch in New York, Genf oder Brüssel). Recht hatte Struck damals, recht hat der Sozialdemokrat Maas heute. Die Frage stellt sich also: Tut Deutschland für die Verteidigung seiner Sicherheit genug? Ist sein Engagement groß genug? Die kurze Antwort: Es tut einiges, weit mehr, als man sich das vor der Jahrtausendwende hätte

vorstellen können; aber angesichts der Bedrohungen, Konflikte und der großen Unruhe in der Nachbarschaft Europas genügt das nicht. Das zu bestreiten ist kurzsichtig und gefährlich.

Doch nun schlägt die Stunde der Wahrheit. Die gewaltigen Veränderungen in der Welt, die Verschiebungen der politischen und wirtschaftlichen Gewichte, der (partielle) Rückzug der Vereinigten Staaten aus Teilen des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Afrika unter Präsident Trump konfrontieren die Deutschen mit einer Realität, die für sie unbequem und ungemütlich ist, und zwar eben auch deshalb, weil die Schutzmacht der Nachkriegszeit ihren Kompass an „America first“ ausrichtet. Auf einen kurzen Nenner gebracht, werden sie künftig mehr tun müssen für ihre Sicherheit

und für die Stabilität ihrer Nachbarschaft; nicht allein, sondern mit europäischen Partnern, politisch, diplomatisch, wirtschaftlich – und militärisch. Nicht zuletzt wegen der militärischen Komponente ist der Zustand der Bundeswehr, trotz wachsender Verteidigungsausgaben, ein Ärgernis, für das man sich schämen muss. Es wird noch zu klären sein, wer dafür die Verantwortung trägt. Die Hoffnung auf eine Friedensdividende nach dem Kalten Krieg ist vor langer Zeit schon verfliegen.

Deswegen kann man auch nicht alles, was im transatlantischen Verhältnis unrund läuft, der Regierung Trump anlasten. Auch dessen Vorgänger hatte die Trittbrettfahrer-Mentalität der Europäer gerügt und sie ermahnt, mehr für ihre Verteidigung zu tun, er war aber auf taube Ohren gestoßen. Seit Trump andere Saiten aufgezogen hat, werden Nato-Ausgabenziele viel ernster genommen. Es ist auch nicht so, dass die Amerikaner Europa links liegenlassen. An der Münchner Sicherheitskonferenz nahmen so viele Kongressmitglieder teil wie nie zuvor. Die Bekenntnisse zur atlantischen Allianz waren nicht weniger nachdrücklich. Was sich allerdings geändert hat, sind Ton, Stil und Methoden, mit denen die Regierung Trump ihre Ansichten durchzusetzen sucht. Der alte Sicherheitspatron kennt keine Nachsicht mehr. Deshalb werden Deutschland und seine europäischen Partner, ob in der Nato oder in der EU, künftig viel mehr Gewicht in die Waagschale werfen müssen, nicht um einem unberechenbaren Präsidenten zu gefallen, sondern um das transatlantische Verhältnis auf stabilem Grund zu halten.

Es ist ja keine neue Erkenntnis: Alles, was „Europa“ militärisch stärkt, dient der Verbindung über den Atlantik. Viel zu lange hatte die Erkenntnis keine politischen und somit auch finanziellen Konsequenzen. Das muss anders werden. Es muss auch deshalb anders werden, weil davon die Relevanz des „Westens“ wesentlich abhängt. Der Aufstieg autoritärer Mächte und das forsche Auftreten illiberaler Regime legen den Schluss nahe, dass die Welt weniger westlich geworden ist. Dass der Westen selbst weniger westlich wird (und für autoritäre Tendenzen empfänglicher), liegt nicht unbedingt am wirtschaftlichen Erfolg

des kommunistischen Chinas. Wenn Länder, die sich dem Westen zugehörig fühlen und sich zur Idee des Westens bekennen, ihre Kräfte bündeln, wenn sie Selbstbehauptungswillen, Handlungsfähigkeit und Innovationskraft ins Spiel bringen, dann muss sie das Gerede vom Niedergang nicht schrecken.

Doch jeder muss dazu seinen Beitrag leisten, auch Deutschland. Bundespräsident Steinmeier hat in München emphatisch dazu aufgerufen, dass Deutschland sich viel stärker in und für „Europa“ engagiert. Wie oft haben die Leute schon den Refrain gehört, Deutschland müsse/wolle/werde mehr Verantwortung übernehmen? Vermutlich bis zum Überdruß. Frankreichs Präsident Macron ist nicht der Einzige, der ungeduldig wird; seine Vorschläge und Vorstöße sind viel zu oft in Berlin ins Leere gelaufen. Auch das muss sich ändern, einfach deshalb, weil Europa nicht durch schöne Worte und großes Pathos im Wettbewerb der großen Mächte bestehen wird.

Die Deutschen sollten sich nicht überschätzen, aber schon erkennen: Zusammenhalt und Stärke der EU, Robustheit der transatlantischen Beziehung und damit Resilienz des „Westens“ hängen zu einem guten Stück auch von ihnen ab. In der Mitte Europas darf kein ängstliches Herz schlagen.

Klaus-Dieter Frankenberger ist Mitglied der politischen Redaktion der F.A.Z. und verantwortlich für Außenpolitik.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Quelle: © Jonathan Ernst Reuters

Viel Lärm um nichts

Trumps Afrikapolitik und ihre Folgen für Europa

Christoph Plate

Die Afrikapolitik Donald Trumps scheint ausschließlich motiviert vom Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und der Konkurrenz mit China. Peking ist in Zeiten der Coronapandemie sehr bemüht, sich als Freund und Helfer des Kontinents zu profilieren. Diese Öffentlichkeitskampagne verfängt besonders dann, wenn gleichzeitig der Umgang der US-Regierung mit Rassismus das Ansehen der Vereinigten Staaten schwer beschädigt.

Vollkommen anders als unter seinem Vorgänger Barack Obama klingt die Rhetorik des derzeitigen Amtsinhabers. Trump wird darum von vielen Beobachtern in Afrika als feindselig und als rassistisch empfunden. Die damalige südafrikanische Vorsitzende der Afrikanischen Union, Nkosazana Dlamini-Zuma, erklärte nach der Verhängung einer Einreisesperre in die USA für Bürger verschiedener afrikanischer Länder,

dass nun genau jenes Land, in das afrikanische Sklaven verschleppt worden seien, Menschen aus diesen Ländern die Tür vor der Nase zuschlug.

Die angeblichen *shithole*-Äußerungen im Januar 2018 wurden von Trump selbst zwar dementiert. Wichtiger aber ist, dass alle Beobachter ihm diese zutrauen. Die Reihe der rhetorischen Tweets und Bitten um Klarstellung reichten von Südafrikas Regierungschef Cyril Ramaphosa über den senegalesischen Staatschef Macky Sall bis zum Außenministerium von Botswana.

Rhetorische Kehrtwende

Obama hatte den USA vor allem in seiner zweiten Amtszeit viele Sympathien in Afrika eingebracht, auch wenn das nicht gleichbedeutend war mit mehr finanzieller Unterstützung oder besseren Handelsbedingungen. Er setzte lediglich die

Initiativen seiner Vorgänger fort, federte diesen Status quo aber mit wohlklingenden Reden ab. Trump nimmt dagegen im Umgang mit Afrika keine Rücksichten. Sein damaliger Sicherheitsberater John Bolton hatte Ende 2018 die Strategie der Trump-Administration für den Kontinent vorgestellt. Diese lässt sich auf drei Punkte reduzieren: wirtschaftliche Erfolge für alle Beteiligten, auch um den Chinesen die Stirn zu bieten. Weiter soll der islamistische Terrorismus bekämpft werden und drittens jeder ausgegebene US-Dollar amerikanischen Interessen dienen.

Wohl kaum ein Land in der westlichen Hemisphäre hat historisch derart belastete Beziehungen zu Afrika wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Selbst Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich oder Belgien scheinen durch das Erbe des Sklavenhandels nicht so belastet wie die USA. Ein Grund dafür liegt sicher in der Tatsache, dass trotz aller anerkannten Freiheiten und Chancen in den USA – anders als bei den europäischen Kolonialmächten – die Geschichte des Rassismus nachwirkt. Der südafrikanische Komiker Trevor Noah, der in den USA die „Daily Show“ moderiert, hat Donald Trump als den „perfekten afrikanischen Präsidenten“ bezeichnet, der eben nur auf dem falschen Kontinent regiere. Trump weise Ähnlichkeiten mit afrikanischen Diktatoren auf: Er sei unvorbereitet und versuche, das Recht zu beugen.

Mehr Aufgaben für Europa

Was bedeutet das für Europa und für Deutschland? Der von Bill Clinton aufgelegte Africa Growth and Opportunity Act läuft 2025 aus. Diese Regelung gewährt afrikanischen Produzenten zollfreien und erleichterten Zugang zum US-Markt. Das wiederum passt nicht zur Strategie des „America first“ von Trump. Südafrika hat bereits Anfang 2020 seinen Status als Entwicklungsland im amerikanischen Ranking verloren.

Die in Washington debattierte Verkleinerung des militärischen Engagements hat zu heftigen Debatten geführt. Trump will die Zahl der in Somalia oder dem Sahel zum Kampf gegen den islamistischen Terrorismus eingesetzten

US-Soldaten reduzieren. Herman J. Cohen, der frühere Assistant Secretary of State for Africa Affairs unter US-Präsident George Bush senior, bezeichnete dies im Mai 2020 sehr deutlich als „unforced error“. Afrika brauche im Gegenteil sehr viel mehr Unterstützung seitens des amerikanischen Militärs, so der langgediente Diplomat Cohen.

Ein stärkeres militärisches Engagement europäischer Soldaten in Afrika hätte den Vorteil, dass sich in Washington der Eindruck verstärkt, man teile die Lasten bei der Bekämpfung des Terrorismus auf dem Kontinent. Wenn Trump den bevorzugten Zugang Afrikas zum US-Markt weiter limitiert, kann dies allenfalls durch eine Erweiterung des Handelsvolumens mit den Staaten der Europäischen Union abgefedert werden. Markant wird sich auswirken, dass die Demokratieförderung vor allem zu einem alleinigen europäischen Anliegen zu werden droht. Dass Trump die Gewaltenteilung nicht achtet, die Presse attackiert und mit Tweets versucht, die Justiz zu beeinflussen, ist ein Wink, dass man es auch in Afrika mit bestimmten ehernen Prinzipien nicht so genau nehmen muss. Allerdings hat gerade Trumps Umgang mit der Pandemie seinem Ansehen in vielen afrikanischen Ländern zusätzlich geschadet. Die Rolle für Deutschland und Europa als pragmatische Verfechter von Werten wird dadurch weiter wachsen. Das braucht vor allem Flexibilität, Schnelligkeit und die Bereitschaft zur stärkeren Sichtbarmachung deutschen und europäischen Engagements.

Christoph Plate ist Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg, Südafrika.



Mehr als Mauern

Lateinamerikas Rolle im Dreieck mit Europa und den USA

Hans-Hartwig Blomeier / Patricio Garza Girón / Christian E. Rieck

Der zuweilen ruppige Ton und die strategische Orientierungslosigkeit im Weißen Haus erschweren die Zusammenarbeit zwischen Lateinamerika und den USA erheblich. Im Kontext der COVID-19-Pandemie hat sich das Verhältnis eher noch weiter zugespitzt. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geteilte Wertebasis wie auch die gemeinsamen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und regionalpolitischen Interessen von dieser Verschiebung in Stil und Substanz wenig berührt werden. Herausforderungen wie das Management der Migrationsströme in der Region, das Ausufernde der Organisierten (Drogen-)Kriminalität, die durch das Regime Maduro verursachte humanitäre Katastrophe in Venezuela sowie die gesundheits- und v.a. wirtschaftspolitischen Herausforderungen und Konsequenzen der Coronakrise bleiben für beide Seiten dringlich und relevant.

Für die lateinamerikanischen Länder wird es – unabhängig vom Ausgang der Wahlen in den USA im November 2020 – in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, die USA (wieder) für die Region zu interessieren. Das weist schon darauf hin, dass im Weißen Haus bereits lange vor Trump ein ausgeprägtes Desinteresse gegenüber der Region existierte – und erklärt, jedenfalls teilweise, wieso die lateinamerikanische Verstörung über das Phänomen Trump jenseits von Mexiko und Kuba relativ gering ausfällt.

Chancen für Europa

In der Entfremdung zwischen Washington und Berlin und dem Desinteresse Trumps gegenüber Lateinamerika liegt aus deutscher und europäischer Sicht auch die Notwendigkeit und Chance, die eigene internationale Rolle neu zu definieren sowie alte und neue Partnerschaften zu vertiefen.

Eine Reihe lateinamerikanischer Staaten bieten sich hier als Partner an, einerseits, weil die Region mit dem Westen grundsätzlich Grundwerte und Strukturprinzipien teilt, andererseits, weil auch die USA und Europa in der Region noch immer wichtige Ziele und Interessen teilen – so etwa die Erhaltung der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung in Lateinamerika sowie die weitere Stabilisierung und Entwicklung der Region durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Coronakrise und die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität.

Partnerpotenziale in Lateinamerika

Innerhalb Lateinamerikas können derzeit drei Ländergruppen identifiziert werden: Erstens die Mitglieder der inzwischen wirtschaftlich und politisch erheblich geschwächten ALBA-Allianz: Venezuela, Bolivien, Kuba und Nicaragua. Eine transatlantische Kooperation mit diesen Ländern ist weder politisch opportun noch – bis auf punktuelle Projekte – wirtschaftlich interessant.

Eine zweite Kategorie sind die Länder, die dem freien Welthandel und einer Kooperation mit Europa deutlich offener gegenüberstehen, zwar noch keine bilateralen Handelsabkommen mit Europa haben, diese aber im Kollektiv (Mercosur) oder als Einzelstaaten anstreben: Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie v. a. Brasilien. Allerdings ist gerade Brasilien wegen seiner politischen Turbulenzen ein Paradebeispiel für enttäuschte Hoffnungen. Der Wahlerfolg Jair Bolsonaros und vor allem sein sorgloser Umgang mit der Coronapandemie haben Brasiliens Position in der Region weiter geschwächt. Was dies mittel- und langfristig für das Verhältnis zwischen Brasília und Washington bedeutet, lässt sich immer noch nicht absehen.

Die dritte und interessanteste Gruppe aus transatlantischer Sicht bilden die Mitglieder der Pazifik-Allianz: Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru, bald vielleicht auch Ecuador. Diese Länder haben sich eindeutig dem Multilateralismus und dem freien Welthandel verschrieben. Wegen der dynamischen und konsequenten Öffnung dieser Länder in Richtung China müsste Europa hier offensiv

definieren, welche Vorteile und Kooperationsgewinne für alle Beteiligten in einer „Erweiterten Transatlantischen Partnerschaft“ liegen.

Mexikos Sonderrolle

Mexiko spielt in diesen Überlegungen eine gewichtige Sonderrolle – wegen seiner geografischen Nähe zu den USA sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verflechtungen beider Länder. Auch das im Juli 2020 in Kraft getretene neue Nordamerikanische Freihandelsabkommen (T-MEC) hat trotz des aufgeheizten Diskurses und der erkennbaren Auswirkungen der Pandemie Mexikos Rolle als „verlängerte Werkbank der USA“ noch nicht nachhaltig beschädigt. Mexiko ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Region und die EU ist nach den USA und China sein drittgrößter Handelspartner, seit April 2018 gar mit eigenem Freihandelsabkommen. Mit Mexiko verbinden Deutschland darüber hinaus eine ambitionierte Entwicklungsagenda auf der globalen Ebene sowie zahlreiche Investitionen in der Privatwirtschaft.

Hier liegt für Deutschland und Europa eine außergewöhnliche Chance, über Mexiko einen neuen Kommunikationskanal zur Trump-Administration zu eröffnen. Die bisherige Regierungspolitik Mexikos ist diesbezüglich eher enttäuschend, da der seit 2018 amtierende Präsident Andrés Manuel López Obrador ein demonstratives Desinteresse für internationale Belange erkennen lässt. Auch nach seiner ersten Auslandsreise im Juli 2020 nach Washington scheint sich daran nichts zu ändern. Noch scheint, dass die vielbeschworene Mauer zwischen den beiden Staaten die bilateralen Beziehungen entscheidend definiert.

Hans-Hartwig Blomeier ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko.

Patricio Garza Girón ist Projektmanager im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko.

Christian E. Rieck ist Lehrbeauftragter für Globale Studien an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid und der Humboldt-Universität zu Berlin sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Potsdam.

Tiefe Brüche

Transatlantische Divergenzen im Nahen Osten

Canan Atilgan

In den transatlantischen Beziehungen scheint es in einer Reihe von Fragen mehr Divergenzen als Konvergenzen zu geben. In besonderer Weise betrifft dies die Nahostpolitik. Für die Trump-Administration ist der Nahe Osten „die Mühe nicht mehr wert“, weil sich Interessen verlagert haben und man auf die arabischen Interessen und Befindlichkeiten keine Rücksicht mehr nehmen muss. Für Europa gilt das Gegenteil. Eine friedliche Entwicklung und Stabilität in der krisenerschütterten unmittelbaren Nachbarschaft sind von primärem Interesse.

Zweifelsohne stimmen die grundlegenden amerikanisch-europäischen Interessen im Nahen Osten miteinander überein, genauso wie das Verständnis der grundlegenden Herausforderungen für Frieden und Stabilität. Dazu gehören die Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Verringerung

des Einflusses externer Akteure und die Gewährleistung des freien Handels- und Energieflusses. Tiefe Brüche lassen sich wiederum im politischen Stil und in den Antworten auf Schlüsselfragen erkennen. Die anfängliche Annahme, dass auch unter Trump die Gemeinsamkeiten einer strategischen Vision gegenüber den Meinungsverschiedenheiten in der Herangehensweise überwiegen würden, hat sich als falsch erwiesen. Das transatlantische Auseinanderdriften in der Nahostpolitik ist eine Tatsache, die sich weder leugnen noch aussitzen lässt.

Kompromissbereitschaft vs. Recht des Stärkeren

Europa verpflichtet sich den Prinzipien multilateralen Handelns. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft zum Kompromiss. Der Trump-Administration geht es dagegen

vornehmlich um die Durchsetzung ihrer Interessen sowie der der ausserkorenen Partner und nicht um Verhandeln und Vereinbaren. Die regionale Unordnung soll künftig auf Grundlage der Macht und des Rechts des Stärkeren neu sortiert werden. Das präferierte Instrument ist nicht politische Deeskalation, sondern Abschreckung.

Zweistaatenlösung vs. Annexion

Trump orientiert seine Nahostpolitik an den exklusiven Beziehungen mit dem israelischen Premierminister Netanjahu und hat sich endgültig aus der traditionellen, moderierenden Rolle der USA im Nahostkonflikt verabschiedet. Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, die Anerkennung der Golanhöhen sowie der Siedlungen als israelisches Staatsgebiet wurden mit dem sog. „Friedensplan“ gekrönt, der eine klare Abkehr von einer Zweistaatenlösung bedeutet und den Weg der Annexion von mindestens einem Drittel des Westjordanlandes durch Israel ermöglicht. Europa wiederum verfolgt nach wie vor das Ziel einer vereinbarten Zweistaatenlösung und macht sich für die Aufrechterhaltung völkerrechtlicher Normen stark. Das Annexionsverbot ist ein völkerrechtliches Grundprinzip, für dessen Verteidigung sich Europa und allen voran Deutschland bei der russischen Annexion der Krim 2014 engagiert eingesetzt hat.

Einbindung vs. maximaler Druck

Mit Blick auf Iran verfolgen die USA und Europa die übereinstimmenden Ziele, die nukleare Bewaffnung des Landes zu verhindern und dessen destabilisierenden Einfluss in der Region zurückzudrängen. Während die Europäer dies durch eine Einbindung Irans in eine regionale Sicherheitsarchitektur anstreben, setzt die Trump-Administration auf maximalen Druck. So stiegen die USA aus der Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) aus, setzten das Sanktionsregime gegen Iran wieder in Kraft und signalisierten Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel. Die völkerrechtswidrige Tötung von Qasem Soleimani, Kommandeur der Quds-Brigaden, durch einen Drohnenangriff im Irak war eine klare Botschaft.

Das Atomabkommen, als diplomatischer Erfolg der EU gefeiert, gehört nunmehr der Vergangenheit an. Europa hält zwar rhetorisch daran fest, doch auch die Versuche, europäischen Unternehmen an den US-Sanktionen vorbei den Handel mit Iran zu ermöglichen – unter anderem durch die Gründung der Zweckgesellschaft Instex –, waren nicht von Erfolg gekrönt. Die Gestaltungsfähigkeit Europas hat mit dem Scheitern des Abkommens einen herben Rückschlag erlitten.

Transatlantische Zukunft im Nahen Osten

Im Nahen Osten wollen die transatlantischen Partner nicht mehr das Gleiche und gehen sogar so weit, das Interesse des anderen zu untergraben. Dennoch gibt es eine Zukunft für den Westen im Nahen Osten. Die Divergenzen, die heute unüberbrückbar erscheinen, sind nicht das Resultat eines strukturellen Auseinanderdriftens in den Zielen, sondern vornehmlich dem Politikstil und Weltbild des US-Präsidenten geschuldet. Wenn in der Vergangenheit US-Regierungen wechselten, blieb die US-Außenpolitik im Nahen Osten in der Regel stabil und kohärent. Das hat sich geändert. Sollte Joe Biden zum Präsidenten gewählt werden, dürfte die US-Regierung in wichtigen Fragen deutlich andere Akzente setzen als die aktuelle Administration. Wenn allerdings Trump im Amt bleibt, wird er noch viel Öl ins nahöstliche Feuer gießen.

Die Region erlebt derzeit eine Neuordnung der Machthierarchien, in deren Verlauf Russland seine hegemonialen Ansprüche durch Ausbau seiner militärischen Präsenz geltend macht, China sein Engagement verstärkt und regionale Akteure durch Machtansprüche die Region weiter destabilisieren. Die Region steht vor der konkreten Gefahr, sich zu einer Bühne für direkte Konfrontationen zwischen den verschiedenen Akteuren zu entwickeln. Es ist im transatlantischen Interesse, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Das können die transatlantischen Partner jedoch nur gemeinsam tun.

Dr. Canan Atilgan ist Leiterin der Abteilung Naher Osten und Nordafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Quelle: © Jason Lee, Reuters.

Seitenwahl?

Strategische Optionen Europas im asiatischen Jahrhundert

Peter Hefele / Isabel Weininger

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Dekolonisation hat Europa keine bedeutsame politische Rolle mehr in der Asien-Pazifik-Region gespielt. Von den frühen Jahren des Kalten Krieges abgesehen, waren der transatlantische Raum und Europas Peripherie im Osten und Süden der beherrschende Wahrnehmungs- und Handlungsraum europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Davon weitgehend unabhängig entwickelten sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit Asien, die seit den 1970er Jahren maßgeblich zu Europas Wohlstand beigetragen haben. Dieses geopolitische Koordinatensystem befindet sich seit Beginn des neuen Jahrtausends in einem rapiden Umbauprozess. Die Entfremdung im transatlantischen Verhältnis fällt mit dem Aufstieg der Volksrepublik China wie auch dem Revisionismus Russlands zusammen. Doch wie soll Europa mit dieser neuen globalen Machttektonik umgehen? Wie passt eine Neuorientierung

Europas in Richtung Asien-Pazifik zu den weiter bestehenden und zu bewahrenden transatlantischen Beziehungen? Ist Europa gar gezwungen, eine Seite zu wählen?

Brauchen wir Europäer auch einen „Pivot to Asia“?

Die fehlende strategische Kohärenz und Koordination zwischen den verschiedenen Politikfeldern gegenüber externen Mächten gehört zu den strukturellen Schwachpunkten europäischer Politik. Das zeigt sich am eindrücklichsten mit Blick auf die neue Hegemonialmacht China. Das Erreichen „strategischer Souveränität“ (Emmanuel Macron) oder gar Autonomie als strategisches Ziel Europas scheint in absehbarer Zeit weder erreichbar noch wünschenswert. Europa sollte sich freimachen von dem Zwang, in bloßer Nachahmung des amerikanischen oder

chinesischen Modells ein eigenes hegemoniales Konzept anzustreben – und eher ein Gegenmodell präsentieren, das von Kompromissen und Kooperation geprägt ist.

Eine europäische Erzählung: von der Stärke des Narrativs

Europas Stärke liegt nach wie vor in der Strahlkraft seiner Erzählung. Dies beschränkt sich keineswegs auf kulturelle Phänomene. Eine regelbasierte multilaterale Ordnung und eine rechtsstaatlich eingeebte, freiheitliche Politik innerhalb der EU entspringen beide dem gleichen politischen Prinzip von Machtbegrenzung. Das entspricht auch dem Wunsch der Mehrheit der Menschen in Asien-Pazifik. Dass aufstrebende Mächte, insbesondere China, nun verstärkt auch ihr Narrativ global durchsetzen wollen und hierzu enorme Ressourcen mobilisieren, bestätigt die zentrale Rolle von Erzählungen in der Geopolitik. Europa muss die Stärken des eigenen, kooperativen Modells propagieren.

Nicht nur die Zahlen, sondern auch die Struktur des wirtschaftlichen Austausches der europäischen Volkswirtschaften verbieten es Europa, nunmehr allein auf das „asiatische Pferd“ zu setzen – insbesondere, wenn es in der Gestalt eines totalitär-staatskapitalistischen Modells wie dem Chinas daherkommt. Leider hat sich bislang die Einsicht nur unzureichend durchgesetzt, dass es auch beim wirtschaftlichen Austausch keine Äquidistanz und Indifferenz gegenüber unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen geben kann – gerade unter europäischen Wirtschaftseliten sind derartige Meinungen immer noch erstaunlich stark. Diversifizierung und das Denken in Ordnungen – ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft – sollten die Grundlage von Unternehmensstrategien und der Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Europas sein.

Realitäten anerkennen – Chancen nutzen

Kann Europa im Verbund mit (demokratischen) Nationen Asien-Pazifiks das Vakuum füllen, das der Rückzug der Vereinigten Staaten für die

regionale und globale Ordnung hinterlassen hat? Vom Hegemon China abgesehen, sind alle Nationen Asiens auf ein funktionierendes multilaterales Ordnungssystem angewiesen – und dessen Zukunft entscheidet sich maßgeblich im Indo-Pazifik-Raum. Deshalb kann Europa dort nicht abseitsstehen, will es seinen eigenen geopolitischen Gestaltungsanspruch nicht aufgeben. Wird dies auf eine Art globale Arbeitsteilung mit einer „Allianz der Willigen“ – beispielsweise mit Australien, Neuseeland, Kanada, Japan, Indien und ggf. unter Einschluss der USA – hinauslaufen? Bislang fehlen der Wille und die Fähigkeit, Ressourcen jenseits der europäischen Peripherie in nennenswertem Umfang einzusetzen. Den europäischen Bekenntnissen zu gemeinsamen Werten und universellen Normen begegnet man in Asien mit einer gesunden Portion realpolitischer Zurückhaltung. Europa sollte sein Potenzial entlang seiner strategischen Interessen einsetzen. Hier sollten offensiver die Vorteile einer klugen Arbeitsteilung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedern propagiert werden. Dazu gehört aber auch, die Grenzen des eigenen Willens und Handelns anzuerkennen, sonst sind Enttäuschungen auf beiden Seiten vorgezeichnet.

Dr. Peter Hefele ist Leiter der Abteilung Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Isabel Weininger ist Referentin in der Abteilung Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.06.2020, Nr. 130, S. 17](#)

Der gefährliche Wandel der Globalisierung

Müssen wir uns zwischen Amerika und China entscheiden?
Vielleicht gibt es nur einen Ausweg

[Alexander Armbruster](#)

Der Dollar schlägt sich wacker. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist er ziemlich unangefochten die am häufigsten verwendete Währung des Planeten, obwohl der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltwirtschaftsleistung heute viel kleiner ist als vor fünfzig oder sechzig Jahren. Öl und andere Rohstoffe werden weiterhin wesentlich mit Dollar bezahlt. Vor allem aber kaufen Zentralbanken von Westeuropa bis nach Fernost rege amerikanische Schuldtitel, um für Notfälle gewappnet zu sein: Auf mehr als sechseinhalb Billionen Dollar belaufen sich die entsprechenden Währungsreserven derzeit – ein durchaus ansehnliches internationales Anleihekaufprogramm gerade auch zu amerikanischen Gunsten.

Der Status des Dollars hat den Vereinigten Staaten als Land ermöglicht, eine expansivere Finanzpolitik zu betreiben, und den Amerikanern, nachhaltig mehr zu konsumieren, als sie selbst erwirtschaften. Gleichwohl ist es ganz und gar nicht so, als hätte dieses „exorbitante Privileg“ (Valéry Giscard d’Estaing) die übrigen marktorientierten Länder stark benachteiligt. Im Gegenteil: Sie konnten sich bislang darauf verlassen, dass der amerikanische Steuerzahler ein überall einsatzfähiges Militär finanzierte, das für sichere Handelsrouten sorgte und letztlich garantierte, dass auch Autokratien ohne funktionierende Rechtsstaatlichkeit vertraglich vereinbarte Geschäfte überwiegend einhielten.

Das ist wichtig. Und gerade die an Verkäufen in aller Welt so gut verdienenden Deutschen sollten das nicht vergessen, all den Irritationen über die amtierende amerikanische Regierung zum Trotz.

In diesem institutionellen Arrangement hat sich ein weltumspannendes Wirtschaftswunder ereignet, das wir schlicht Globalisierung nennen. Unternehmen haben ihre Fertigungsprozesse kostensenkend aufgespalten und verteilt. Sie haben neue Absatzmärkte erschlossen, auf denen Kunden infolgedessen aus einem vielfältigeren Angebot auswählen können. Unter dem Strich war und ist das eine tolle Sache für die meisten Beteiligten. Neu hinzugekommen ist nach der Jahrtausendwende ein bisher erfolgreich verlaufendes libertäres Experiment: Gewinnorientierte Unternehmen errichten, betreiben und verbessern digitale Infrastruktur, die zig Millionen Menschen aller Altersklassen täglich nutzen, beruflich wie privat, Kommunikationskanäle, Organisationssoftware, Datenzentren. Mitunter müssen sie sogar – gleich einem internationalen Gemeinwesen – darüber entscheiden, was gesagt werden darf und was nicht.

Leider wird die Globalisierung künftig eine andere sein. Amerika als (noch) größte Volkswirtschaft und China als zweitgrößte sind auf Konfrontationskurs, politisch, wirtschaftlich, technologisch. Hoffnungen auf eine vorteilhafte Symbiose, wie sie einst in der Wortschöpfung „Chimerica“ steckten, sind verflogen. Prototypisch stehen dafür der Griff nach Hongkong auf der einen und das Vorgehen gegen Huawei auf der anderen Seite. Gerade erprobt Peking zudem eine neue Digitalwährung, die nicht nur in Washingtoner Denkfabriken die Frage aufwirft, was für den Dollar folgt, wenn sie ihren Zweck erfüllt und das Beispiel Schule macht – übrigens auch mit Blick darauf, wie gut sich künftig internationale Finanzströme nachverfolgen und bei Bedarf kontrollieren lassen.

Wird sich wenigstens das Verhältnis zwischen Amerika und Europa wieder bessern? Offenkundig sind die Interessen viel weniger deckungsgleich als in der Vergangenheit. Nicht leicht ist es für Deutschland, mit den amerikanischen Forderungen umzugehen, ebenfalls auf chinesische

Technologie oder die fast fertiggebaute zweite Nord-Stream-Gasleitung nach Russland zu verzichten. In Berlin, Paris und Brüssel hat schon vor Ausbruch der Pandemie die Ansicht Zulauf erfahren, etwas mehr Souveränität (nicht zu verwechseln mit Autarkie) in Schlüsseltechnologien könne sinnvoll sein angesichts des rauheren geopolitischen Umfelds. Das ist nachvollziehbar. Nicht zufällig hat die Europäische Union, auch dies schon vor der Corona-Krise, außerdem das Ansinnen vorgebracht, die internationale Bedeutung des Euros stärken zu wollen. Wenn sie zugleich bereit ist, mehr für ihre eigene Sicherheit zu leisten, muss das wiederum nicht zwangsläufig unattraktiv sein auch für Washington.

Mehr Abstimmung vor allem mit den anderen beiden großen europäischen Volkswirtschaften Frankreich und Großbritannien kann Deutschland zudem helfen, sich im Konflikt zwischen Amerika und China nicht irgendwann ausschließlich für eine Seite entscheiden zu müssen. Denn darin liegt, noch zu wenig thematisiert, die womöglich größte Globalisierungsgefahr – gerade für die oft auf beiden Märkten so erfolgreichen deutschen Unternehmen. Sie ist traurigerweise eine reale.

Alexander Armbruster ist Wirtschaftsredakteur der F.A.Z. und Leiter der Wirtschafts-Online-Redaktion.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Schwer belastet

Was wird in Zukunft aus der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft?

David Gregosz

Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Auf politischer Ebene hat die aggressive Handelspolitik der Trump-Administration massive Verwerfungen in der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft ausgelöst. Insbesondere die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Auf wirtschaftlicher Ebene sind Europa und Amerika hingegen durch einen Anstieg wechselseitiger Investitions- und Handelsströme stärker zusammengewachsen als je zuvor. Europa und Amerika unterhalten nach wie vor die weltweit bedeutendsten Wirtschaftsbeziehungen, wenngleich die Coronapandemie auf beiden Seiten des Atlantiks zu massiven Konjunkturerbrüchen führte und politische Agenden durcheinanderwirbelte. Theoretisch bilden beide Wirtschaftsräume noch immer das Fundament einer fortschreitenden Integration der gesamten Weltwirtschaft.

Allerdings sah es schon vor dem Ausbruch von COVID-19 nicht danach aus, dass beide Weltregionen der Globalisierung neue Dynamik verleihen könnten. Protektionismus, Nationalismus und letztlich fundamental divergierende Politikauffassungen belasteten schon vor Corona das euro-amerikanische Verhältnis. Ein Trend, der sich im US-amerikanischen Wahljahr nun fortsetzt und sowohl im republikanischen wie demokratischen Lager zu beobachten ist. Auch in Brüssel kreisen die Diskussionen in jüngster Vergangenheit noch stärker um Begriffe wie strategische Souveränität, *Decoupling*, *Reshoring* oder *Selfsufficiency*. Begleitet von industrie- und wettbewerbspolitischen Vorschlägen schlagen beide Weltregionen damit einen wohlstandsgefährdenden Weg ein.

Dabei zielen die Maßnahmen nicht in erster Linie auf den jeweils anderen. Vielmehr wollen sich

die USA wie die EU stärker von der chinesischen Volkswirtschaft abgrenzen, die sich in den vergangenen Dekaden – geschützt durch den Staat und mit wettbewerbswidrigen Praktiken – zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten auf den Weltmärkten und geopolitischen Akteur entwickelt hat. Im bilateralen Verhältnis herrscht seit einem Treffen des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker mit US-Präsident Donald Trump im Juli 2018 eine Art handelspolitischer Waffenstillstand. Seither laufen immerhin formal Verhandlungen über die Beseitigung von Zöllen auf Industrieerzeugnisse. Allerdings könnten Meinungsverschiedenheiten im US-Wahlkampf jederzeit wieder aufbrechen, weil sich Präsident Trump gerade bei schwächelnder US-Wirtschaft als harter Verhandlungsführer präsentieren möchte und es diametrale Positionen von EU-Kommission und US-Administration in der Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik gibt.

Entwicklung konträrer Interessen

Die ambitionierte Freihandelsagenda der Europäer steht seit 2017 in starkem Kontrast zur Linie des US-Präsidenten Trump. Gleiches gilt für die Klimapolitik, die die Kommission mit ihrem Green Deal zu einem prioritären Ziel gemacht hat. Auch im Umgang mit multilateralen Organisationen (VN, WHO, WTO) zeigt sich, dass der transatlantische Konsens zerbrochen ist. Während man aus Washington zunehmend die ideelle und materielle Unterstützung versagt, ist man in Europas Hauptstädten bemüht, diese Nachkriegsordnung im Kern zu erhalten und wo nötig zu reformieren.

Gerade die WTO ist zu einem Kristallisationspunkt unterschiedlicher Auffassungen zwischen den USA und Europa geworden. Die Institution und das offene Handelssystem, das ihr zugrunde liegt, erleben dadurch eine Phase beispielloser Instabilität, weil – unter anderem – der Streitschlichtungsmechanismus der WTO nur noch eingeschränkt handlungsfähig ist. Die US-Regierung verhindert schlicht die Benennung von Mitgliedern in das Berufungsgremium, womit die zentrale Entscheidungsinstanz zur Lösung von Handelskonflikten ausfällt. Die EU hat darauf mit

einer Überarbeitung der Durchsetzungsverordnung geantwortet und sich mit Handelspartnern auf eine Berufungsinstanz für eine „Koalition der Willigen“ verständigt.

Paradoxerweise haben Europäer und Chinesen derzeit größere Schnittmengen auf wichtigen globalen Politikfeldern als Europäer und US-Amerikaner. Allein diese Tatsache sollte verantwortliche Politiker in Europa und den USA motivieren, den transatlantischen Dialog schleunigst wieder in Gang zu setzen und evidenzbasierter Politikberatung zu vertrauen. Letztlich können die Europäer sich nur bemühen, mit großer Beharrlichkeit für drei wichtige Positionen zu werben, die wissenschaftlich abgesichert sind:

1. Die Transformation hin zu CO₂-armen Volkswirtschaften ist angesichts des Klimawandels zwingend.
2. Die weltweite Arbeitsteilung in einer globalisierten Welt erzeugt Innovationen und Wohlstand.
3. Multilaterale Organisationen stellen sicher, dass Staaten weltweit ihre berechtigten Interessen artikulieren können und sind damit Stabilitätsanker.

Die USA bleiben ein zentraler Partner für Politik und Wirtschaft in Deutschland. Möglicherweise können die politischen Spannungen der letzten Monate überwunden werden, wenn die Trump-Administration abgewählt ist und Zukunftsaufgaben dann wieder gemeinschaftlich angegangen werden können. Falls dem 45. Präsidenten der USA eine zweite Amtszeit zugebilligt wird, müssen Berlin und Washington natürlich im Gespräch bleiben, aber es würde noch schwerer werden, die Weltgemeinschaft im Sinne westlicher Werte zu prägen. Neue Allianzen würden wachsen und die Wertepartnerschaft zwischen den USA und Europa dauerhaften Schaden nehmen.

David Gregosz war bis August 2020 Referent für Wirtschaft und Handel und ist seither Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02.2020, Nr. 40, S. 2](#)

Wer ist Münchens Geisterfahrer?

Nur Verachtung hat Außenminister Pompeo für die Analyse des
Bundespräsidenten: Der Westen sei nicht am
Ende, sondern auf dem Siegeszug

[Andreas Ross](#)

Es gibt im Englischen kein Wort für „Geisterfahrer“. Deshalb ist in Amerika auch nicht der Witz von dem Autofahrer geläufig, der im Verkehrsfunk die Warnung hört, dass auf seiner Autobahn ein Geisterfahrer unterwegs ist, und der daraufhin schimpft: „Einer? Tausende!“ Für die Münchner Sicherheitskonferenz war das ein bisschen schade. Denn gern hätte man die Vertreter der Trump-Regierung gefragt, ob sie sich womöglich in dem Autofahrer wiedererkennt. Ob es nicht doch sein könne, dass Amerikas verunsicherte bis verzweifelte Partner in (West-) Europa und anderswo recht haben mit ihren ziemlich einmütigen Warnungen vor einer vom Kurs abgekommenen Nato-Vormacht, die zur tödlichen Gefahr für den Westen mutiert sei.

Und nicht die Amerikaner, die in München vom Siegeszug des Westens kündeten.

Stattdessen also eine schlichter formulierte Frage an Mark Esper, den amerikanischen Verteidigungsminister: „Gibt es im transatlantischen Verhältnis einen Riss?“ Noch schlichter seine Antwort: „Nein, gar nicht“, sagte Esper dieser Zeitung – und zählte auf, was sich in der Nato gerade alles zum Besseren wende: höhere Verteidigungsausgaben, starke Präsenz im Osten Europas, mehr Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung im Kampf gegen den Terrorismus. Was die militärischen Fähigkeiten angehe, „kommt die Nato zurück“. Und die Stimmung? „Ich sehe eine Allianz, die zusammenwächst.“

Drei Stunden vorher hatte Außenminister Mike Pompeo diese und weitere Entwicklungen zu einer langen Liste amerikanischer Erfolge zusammengefügt. Ein prosperierendes Amerika halte westliche Werte hoch und deren Widersacher in Schach. Nicht nur habe es für 400 Milliarden Dollar zusätzlicher Nato-Ausgaben gesorgt und die Kräfte im Osten des Bündnisgebiets verstärkt. Man habe auch „die Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrolle wiederhergestellt“, indem man den INF-Vertrag zur Reduzierung landgestützter Mittelstreckenraketen gekündigt habe, den Russland verletze. Amerika versage Iran die Mittel für dessen Terroraktivitäten und habe die Allianz angeführt, die dem „Islamischen Staat“ sein Territorium nahm. Zudem sei man endlich „aufgewacht“, was Chinas unfaire Handelspraktiken angehe.

Pompeos Refrain lautete: „Der Westen gewinnt.“ Das war Triumphalismus, vor allem aber eine Belehrung für die im Publikum zahlreich vertretenen Trump-Kritiker – und nicht zuletzt für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Außenminister Heiko Maas. Pompeo nannte zwar keine Namen. Doch als er drei Zitate vortrug, über die er sich „gewundert“ habe, da wusste jeder, dass eines davon aus Steinmeiers Rede vom Vortag kam. Es lautete: „Die Vereinigten Staaten von Amerika erteilen unter der jetzigen Regierung selbst der Idee einer internationalen Gemeinschaft eine Absage.“

Mit der gleichen Mischung aus Herablassung und Entrüstung zitierte Pompeo zudem eine Rede, in welcher die damalige kanadische Außenministerin Chrystia Freeland 2017 gesagt hatte, dass Amerika „seine globale Führungsrolle in Frage stellt“. Und einen Meinungsartikel von Maas und dem französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian, die voriges Jahr festgestellt hatten: „Die multilaterale Ordnung steckt in ihrer vielleicht tiefsten Krise.“ Auch in München hatte Maas am Vorabend von Pompeos Auftritt bekräftigt, entscheidend für die gegenwärtige Krisenlage sei der Umstand, „dass sich das Engagement der Verantwortlichen im Weißen Haus für die von den USA geschaffene Weltordnung verändert hat“.

Kaum verhüllt warf Pompeo den Europäern vor, iranischen Islamisten, russischen Revanchisten oder chinesischen Autokraten auf den Leim zu gehen. Kurz blickte der Minister in den Saal voller Sicherheitsfachleute und höhnte: „Ich bin sicher, dass sich viele von Ihnen als Realisten bezeichnen. Lassen Sie mich Ihnen also eine Vorstellung davon geben, wie die Realität aussieht.“ Berichte über den Tod des Westens seien „stark übertrieben“. Denn Amerika habe den Mut, sich für die Souveränität einzusetzen. Sie sei das Fundament unserer „kollektiven Größe“.

Was allerdings nicht heißen sollte, dass die Europäer ihren Umgang mit Russland, Iran oder gar China auf eigene Faust festlegen sollen. In München kam fast kein Amerikaner ohne die dringende Warnung vor einer Beteiligung des chinesischen Konzerns Huawei am Aufbau von 5G-Netzen aus. China würde so nach amerikanischer Auffassung Möglichkeiten zur Bespitzelung, Spionage und Sabotage erlangen. Esper bekräftigte, dass Amerika seine Militärkooperation mit jedem Staat überdenken werde, der Komponenten bei Huawei einkaufe. Das hielt andere Vertreter der Trump-Regierung nicht davon ab, entrüstet den Eindruck zurückzuweisen, Amerika wolle den Partnern drohen.

Amerika will mit Investitionen dazu beitragen, dass westliche Hersteller wie Ericsson oder Samsung schneller konkurrenzfähig mit Huawei werden. Gallig reagieren Washingtoner Regierungsvertreter, wenn man ihnen unterstellt, vor chinesischen „Hintertüren“ in Kommunikationsnetzen vor allem deshalb zu warnen, um eigene Produkte mit eigenen Hintertüren für die eigenen Geheimdienste einzubauen. Das sei schon deshalb infam, weil die amerikanischen Dienste legitime Interessen verfolgten, während China seine Bürger überwache, „um religiöse Minderheiten zu verfolgen“, wie ein hoher Mitarbeiter des Justizministeriums dieser Zeitung sagte.

Die amerikanische Überzeugung, dass Chinas Aufstieg die größte Bedrohung amerikanischer Sicherheit und Huawei-Kommunikationstechnik ein besonders perfides Herrschaftsinstrument der Peking Kommunisten sei, ist dabei nicht

auf die Trump-Regierung beschränkt. Vielmehr war es Nancy Pelosi, Washingtons oberste Demokratin und härteste Gegenspielerin des Präsidenten, die die schrillste Warnung formulierte: Wenn Huawei im Westen zum Zuge komme, dann liefe das auf „die heimtückischste Aggression“ hinaus, die man sich nur ausmalen könne – schlimmer noch als etwa Russlands Attacken auf die Ukraine. Im Publikum wurde gestaunt, dass Pelosi da auf Trump-Kurs wandelte. Sie aber hatte keine Scheu, die Einigkeit zuzugeben.

Ohnehin ließen die mehr als vierzig nach München gereisten Demokraten und Republikaner aus beiden Kongresskammern kein Interesse erkennen, Amerikas innere Zerrissenheit in Europa vorzuführen. Eine junge Demokratin, erst seit 2018 im Kongress, schwärmte am Samstagabend von der Stimmung in der ganzen Delegation. Kurz nach dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump gebe es einen richtigen Hunger nach Projekten, die man gemeinsam angehen könne. Das klang dann fast schon nach Pompeo: „Wir gewinnen. Und wir tun das gemeinsam.“ Der Applaus, den der Amerikaner für seine Publikumsschelte bekam, dauerte übrigens mindestens so lang wie der Beifall für Steinmeier am Tag davor.

Andreas Ross ist bei der F.A.Z. verantwortlicher Redakteur für Politik Online und stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Nachrichten.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.11.2019, Nr. 264, S. 1](#)

Europa muss sich mehr zutrauen

Macrons Wortwahl mag irritieren.
Unzutreffend ist seine Kritik nicht

[Klaus-Dieter Frankenberger](#)

In der vergangenen Woche haben Äußerungen des französischen Präsidenten Macron ziemlich viel Wirbel gemacht. Die Nato sei „hirntot“, war seine deftigste Formulierung. Es gebe – Stichwort Syrien – keine strategische Koordination zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten. Macrons Kritik und seine Sorgen galten vor allem der „Verwundbarkeit Europas“ und der Gefahr, dass es in dem politisch-ökonomischen Großkonflikt zwischen Amerika und China unter die Räder kommen könne, mehr noch: dass Europa politisch von der Bildfläche verschwinde, wenn es nicht endlich ein Selbstverständnis als globale Macht entwickle. Diese Kritik war ungeschminkt, aus ihr sprach Verärgerung (über Trump?, Berlin?). Das Bild, das gezeichnet wurde, war alles andere als

schmeichelhaft. Aber war es deshalb falsch, sieht man vielleicht von Wortwahl und Zeitpunkt der Äußerungen ab?

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Vereinigten Staaten vom Virus des Protektionismus befallen sind und sie sich unter Präsident Trump auf dem Rückzug befinden. Es ist nicht zu bestreiten, dass China seinen Aufstieg zur Supermacht wirtschaftlich, politisch, militärisch und technologisch forciert. Und es ist auch wahr, dass Europa weder beherzt auf die Unruhe und das Chaos an seinen Rändern reagiert noch im Umgang mit dem neuen Autoritarismus die richtige Mischung aus Robustheit und Geschmeidigkeit gefunden hat. Der Glaube an ewige Stabilität, der nach der europäischen Zeitenwende vor dreißig Jahren so

viele Anhänger gefunden hatte, erwies sich als Illusion: Dem alten europäischen Geschäftsmodell, das aus wirtschaftlichem Fortkommen und amerikanischer Sicherheitsgarantie bestand, ist die Grundlage entzogen, auch weil der amerikanische Versicherer die Intensität und den Fokus seines weltpolitischen Engagements überprüft. Das ist alles keine Erfindung eines royal ambitionierten französischen Präsidenten.

Wie der Zufall es wollte, waren es ausgerechnet zwei deutsche Politikerinnen, die in zeitlicher Nähe Überlegungen vortrugen, die nicht inkompatibel mit denen Macrons waren und bei denen es auch um das Schicksal Europas, die Zukunft der Nato und die Rolle Deutschlands ging. So plädierte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer dafür, dass Deutschland sich im Zuge internationaler Konflikte und Bedrohungen deutlich stärker, mutiger und führend engagieren müsse – nicht nur und nicht einmal in erster Linie militärisch, aber auch militärisch. Kramp-Karrenbauer, die übrigens ebenfalls für eine stärkere Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum eintrat, verlangte deswegen auch, das Nato-Ziel zu erfüllen, wonach zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben seien. Das ist in unserem Interesse.

Diejenigen, die plötzlich so rührende Liebeserklärungen an die Nato abgeben, sind bislang nicht dadurch aufgefallen, dass sie das konsequente Einhalten von Verabredungen und die Korrektur einer großen Unwucht in der Allianz anmahnten. Jetzt warnen diese Leute vor einer Entkopplung amerikanischer und europäischer Sicherheit. Richtig! Aber sind sie wirklich bereit, ihren Teil der Last zu tragen? Da hapert es gewaltig.

Defizite hatte auch die gewählte Kommissionspräsidentin von der Leyen erkannt und der EU deshalb schon von Berlin aus ein Lernprogramm verordnet: Europa müsse die Sprache der Macht lernen, müsse Muskeln aufbauen und kräftigen, in der Sicherheits- und in der Handelspolitik. Von der Leyen hatte schon vorher angekündigt, eine „geopolitische Kommission“ führen zu wollen. Das kann nur so verstanden werden, dass Europa die heraufziehende amerikanisch-chinesische

Bipolarität nicht kleinmütig verfolgt oder gar erleidet, sondern dass es seine eigenen Interessen auf den Schauplätzen des Weltgeschehens mit strategischer Bedeutung geltend macht. Wie halten wir es also mit chinesischen Anbietern für den Aufbau des G5-Netzwerks?

2017 hatte Bundeskanzlerin Merkel die Europäer dazu aufgerufen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, also mehr für ihre eigene Sicherheit zu tun. Schon zwei Jahre alt ist also die „Mutter aller Schlussfolgerungen“ aus den Veränderungen im transatlantischen Verhältnis und in der Welt. Halten die Europäer sich daran – oder schlafwandeln sie dem Abgrund der Bedeutungslosigkeit entgegen, wie Macron düster prophezeit?

Die geopolitische Lage ist noch unübersichtlicher und komplizierter geworden. Es gibt nicht viele europäische Regierungen, die auf breiten Mehrheiten ruhen und deswegen mutig nach vorne blicken können. Manche Hoffnungen aus der Wendezeit haben sich nicht erfüllt. Europa steht nicht mehr im Mittelpunkt des Weltgeschehens. Aber das darf nicht heißen, dass man aufgibt, Subjekt sein zu wollen. „Europäische Souveränität“ klingt in den Ohren vieler übertrieben, präpotent, unrealistisch. Aber mehr zutrauen kann sich Europa schon. Das muss es. Und gegen eine Nato, die kollektive Sicherheit mit strategischer Koordination verbindet, ist nichts einzuwenden. Letzteres schien vor Jahren schon Kanzler Schröder geboten.

Klaus-Dieter Frankenberger ist Mitglied der politischen Redaktion der F.A.Z. und verantwortlich für Außenpolitik.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Unilateralismus und Rückzug

(K)eine neue US-Sicherheitspolitik in der Ära Trump

Nils Wörmer / Philipp Dienstbier

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA ist nach knapp vier Jahren unter Präsident Donald Trump geprägt von einer zunehmend unilateralen Verfolgung amerikanischer Interessen und einem teilweisen Rückzug aus internationalen militärischen Engagements und sicherheitspolitischen Verpflichtungen. Zwar schlägt Trump damit kein neues Kapitel in der amerikanischen Sicherheitspolitik auf – schon Präsident George W. Bush handelte oft unilateral und bereits unter Trumps Amtsvorgänger Barack Obama begannen die USA ihren Teiltrückzug aus Europa und dem Nahen Osten sowie eine Neuausrichtung auf den pazifischen Raum. Auch konterkarierten Teile des sicherheits- und verteidigungspolitischen Establishments in Washington oftmals extreme Vorstöße Trumps und sorgten so für ein Maß an Kontinuität in der amerikanischen Politik.

Und doch erwiesen sich die konfrontative Rhetorik des Präsidenten und dessen teils erratischer Politikstil als erhebliche Belastungsprobe für das transatlantische Verhältnis und als Hürde für die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA. Die Weigerung der Trump-Regierung, die traditionelle internationale Führungsrolle der USA anzunehmen, wiegt in der Sicherheitspolitik besonders schwer, da Europa mangels eigenen Willens und eigener Fähigkeiten in diesem Bereich weiterhin hochgradig vom amerikanischen Verbündeten abhängig ist.

Debatte um Lastenverteilung in der NATO

In seinem sicherheitspolitischen Kern war das Verhältnis zwischen den USA und Europa über Jahrzehnte davon geprägt, dass die europäischen NATO-Mitgliedstaaten die Gewissheit hatten, im

Falle eines Angriffs von den Vereinigten Staaten geschützt zu werden. Wiederholt hatte Trump mit seinen Äußerungen, beispielsweise das Bündnis sei „obsolet“, massive Verunsicherung darüber ausgelöst, ob diese Schutzzusage in seiner Amtszeit auch weiterhin gültig ist. Obwohl er seine kritische Rhetorik teilweise abgemildert hat, hegt Trump offenbar weiterhin grundlegende Skepsis am Nutzen der NATO für sein Land und muss von seinem Umfeld fortwährend davon überzeugt werden, an der Allianz festzuhalten.

Nicht zuletzt auf Betreiben des Verteidigungs- und Außenministeriums sowie des Kongresses haben die USA bisher so auch ihre finanzielle und militärische Unterstützung europäischer NATO-Partner fortgesetzt oder sogar erweitert. In Teilen setzte sich Trump aber auch gegen militärpolitische Kreise in den USA durch, beispielsweise mit der Entscheidung, einen Teil der US-Streitkräfte aus Deutschland abziehen zu wollen. Diese Entscheidung sowie Trumps Position generell wird stark von seinem primären Augenmerk auf der ungleichen Lastenverteilung in der NATO bestimmt. Diese Kritik ist in der Sache ebenfalls nicht neu, Trumps Forderung an Europa, mehr Lasten zu tragen, wird aber mit beispielloser Vehemenz vorgebracht und nun erstmalig mit den Sicherheitszusagen der USA an andere NATO-Staaten verknüpft. Dass die Folgen der COVID-19-Pandemie die Vereinigten Staaten weltweit am stärksten getroffen haben, könnte Trump noch zusätzliche Gründe dafür liefern, die Europäer stärker in die Pflicht zu nehmen.

Rückzug aus internationalen Verpflichtungen

Parallel zu den Verwerfungen in der NATO kündigten die USA unter Trump ebenfalls eine Reihe internationaler Verträge auf, die für die Sicherheit Europas von hoher Relevanz waren, oder zogen sich aus militärischen Einsätzen zurück, in denen US-Streitkräfte mit europäischen Truppen gemeinsam kämpften. Dies ist auf einen Paradigmenwechsel in Washington zurückzuführen, in dessen Folge gegenwärtigen internationalen Verträgen – wie dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), dem INF-Vertrag oder dem Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies) – kein Mehrwert

beigemessen oder gar ein Nachteil für die nationale Sicherheit der USA unterstellt wird. Diese Sichtweise vertritt dabei nicht nur Trump, sondern auch andere Führungspersönlichkeiten seiner Regierung. Der vollständige Abzug der US-Streitkräfte aus Syrien und der Teilabzug aus Afghanistan, teils auch aus innenpolitischem Kalkül vorangetrieben, reduzierte weiterhin die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der USA und Europas im Bereich Stabilisierung und Terrorismusbekämpfung.

Keine Sicherheit ohne die USA

Nichtsdestotrotz bleiben die Vereinigten Staaten voraussichtlich noch auf Jahre weltweit die einzige Nation, die in der Lage und – unter bestimmten Voraussetzungen – willens ist, Deutschland und seine europäischen Verbündeten gegen jedwede derzeit denkbare Bedrohung effektiv zu verteidigen. Dies schließt das amerikanische nukleare Dispositiv ein, mit dem die USA im Rahmen der erweiterten Abschreckung auch Europa schützen. Deutschland und die europäischen NATO-Partner haben ihrerseits in Ansätzen erkannt, dass die USA – auch nach einer Trump-Regierung – mehr sicherheitspolitische Eigenständigkeit von Europa verlangen werden.

Deshalb muss Deutschland gemäß der Formel „transatlantisch bleiben, europäischer werden“ mit seinen Verbündeten den europäischen Pfeiler der NATO stärken. Dazu sollten zeitnah die hierfür notwendigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen, personelle und materielle Trendwenden in den Streitkräften verstärkt und Investitionen getätigt werden, um den rüstungstechnologischen Rückstand Europas zu verringern und die Verteidigungsfähigkeit zu steigern. Deutschland ist hier besonders gefordert, den finanziellen Zusagen bei den Verteidigungsausgaben, aber auch seinen Bündnisverpflichtungen, beispielsweise im Rahmen der nuklearen Teilhabe, nachzukommen.

Nils Wörmer ist Leiter der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Philipp Dienstbier ist Referent für Transatlantische Beziehungen der Konrad-Adenauer-Stiftung.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.11.2019, Nr. 264, S. 2](#)

Nur auf dem Papier ist alles bestens

EU-Staaten wollen engere militärische Kooperation

Thomas Gutschker

Viel Unterstützung hat Emmanuel Macron für seine Hirntod-Diagnose der Nato bisher nicht gefunden. Die Bundeskanzlerin wies den französischen Präsidenten sogleich in die Schranken. Und selbst der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, der gerne gegen den Strich denkt, behauptete, dass die Nato durch Macrons Kritik nicht als Militärbündnis in Frage gestellt werde. Am Dienstag trafen sich die EU-Verteidigungsminister in Brüssel. Dabei ging es nicht um die große Strategie, sondern um ganz praktische Fragen der militärischen Zusammenarbeit. Es war eine gute Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme: Wo stehen die Europäer eigentlich? Die engere militärische Kooperation wurde erst vor zwei Jahren aus der Taufe gehoben. Damals

beschlossen die EU-Staaten einen Rahmen für ihre ständige strukturierte Zusammenarbeit; das aus dem Englischen abgeleitete Akronym dafür lautet Pesco. Deutschland bestand darauf, möglichst viele Mitgliedstaaten einzubinden, und zwar in den EU-Strukturen. Frankreich war skeptisch: zu viele Partner, zu wenige Ambitionen. Macron startete deshalb eine eigene „Interventionsinitiative“ – jenseits der Brüsseler Bestrebungen.

Auf dem Papier hat sich Pesco bestens entwickelt. Immer länger wird die Liste von Ideen, die einzelne oder mehrere Staaten gemeinsam auf den Weg bringen wollen. Am Dienstag beschlossen die Minister noch einmal 13 Vorhaben, jetzt sind

es insgesamt schon 47. Es geht um Rüstungsprojekte, ein neues Patrouillenboot oder ein neues Artilleriesystem etwa, aber auch um gemeinsame Ausbildungszentren, zum Beispiel für Marine-Taucher. Deutschland führte sieben Initiativen an, darunter die Entwicklung einer durchhaltefähigen Drohne und ein „Europäisches Sanitätskommando“ – ein Herzensanliegen Ursula von der Leyens, als sie noch Verteidigungsministerin war. Doch ist im Einzelnen schwer zu erkennen, wie gut die Zusammenarbeit läuft. Die EU veröffentlicht bisher nicht einmal Angaben zu den Kosten der Projekte. Viele Mitgliedstaaten wiederum spekulieren darauf, dass sie Geld aus dem neu aufgelegten Verteidigungsfonds der EU-Kommission bekommen können – auch das erklärt die vielen Initiativen.

Fachleute warnen davor, dass die Staaten sich verzetteln oder übernehmen. So hat die Europäische Verteidigungsagentur von den 13 neuen Projekten nur sechs befürwortet. Man müsse jetzt erst mal sicherstellen, dass sich die Vorhaben in eine gemeinsame Strategie aller Staaten fügen, heißt es von dort. Die Agentur baut derzeit eine Datei auf, mit der sie sich einen Überblick über die Verteidigungsplanungen der EU-Mitgliedstaaten verschaffen will; dies soll bis Ende kommenden Jahres abgeschlossen sein. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, die dem Lenkungsgremium der Agentur vorsitzt, sagte am Dienstag, nun müsse alle Energie in die praktische Umsetzung der Initiativen fließen. Für die nächsten zwei Jahre sei die Liste geschlossen.

Eine politisch heikle Frage konnte auch diese Woche nicht geklärt werden: In welchem Umfang dürfen sich Drittstaaten an den Initiativen beteiligen? Im Kern geht es darum, wie autonom die Europäer künftig sein wollen und können – das ist ja eine zentrale Forderung Macrons. Im Mai schickten das Pentagon und das State Department einen Brandbrief nach Brüssel: Wenn Europa seine Rüstungskooperation nicht offenhalte für transatlantische Zusammenarbeit, dann würden die Vereinigten Staaten ihrerseits „reziproke Restriktionen“ verhängen. Der Brief sorgte in Brüssel für Aufregung. Fieberhaft wurde an einem neuen Regelwerk gearbeitet.

Doch das wurde durch unterschiedliche Interessen der EU-Partner erschwert. Griechenland und Zypern wollen die Türkei künftig draußen halten. Frankreich argumentiert intern für Klauseln, die angeblich Russland ausschließen sollen, tatsächlich aber wohl auf Amerika zielen. Mogherini sagte am Dienstag, man sei einer Lösung „näher als jemals zuvor“. Die Suche nach einem Kompromiss werde „in den nächsten Monaten“ weitergehen.

Als Federica Mogherini am Dienstag gefragt wurde, was sie über den „Hirtod“ der Nato denke, gab sie zuerst die EU-Standardantwort: Diese Debatten seien in der Nato zu führen, das sei nicht Sache der EU. Doch dann sagte sie gleich zweimal, dass die „Beziehungen zur Nato noch nie so stark gewesen sind wie heute“.

Dr. Thomas Gutschker ist politischer Korrespondent der F.A.Z. für die Europäische Union, die Nato und die Benelux-Staaten mit Sitz in Brüssel.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Kompliziert, aber unerlässlich

Die transatlantischen Beziehungen zwischen digitaler Souveränität und Geopolitik

Sebastian Weise

Im Bereich der Digital- und Innovationspolitik strebt Europa nach mehr digitaler Souveränität, um sich als Gestaltungsmacht zu behaupten. Dies ist notwendig, da Europa mit einer Dominanz der USA und Chinas bei digitalen Schlüsseltechnologien konfrontiert ist. Damit die Wettbewerbsfähigkeit, der Wohlstand und damit letztlich auch die wirtschaftliche Macht Europas bewahrt werden können, zielt Europa darauf ab, die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Innovations- und Technologiestandorts gegenüber den USA und China zu stärken. Darüber hinaus hat Europa den Anspruch, das digitale Zeitalter aktiv zu gestalten und internationale Normsetzungen voranzutreiben – gilt es doch sicherzustellen, dass das neue Zeitalter dem Menschen dient und nicht primär global agierenden Technologiegiganten oder autokratischen Staaten.

Die hierbei zutage tretende Abgrenzung Europas gegenüber den USA fußt auf einer starken Skepsis gegenüber der marktdominierenden Stellung von US-Techkonzernen, deren teils problematischem Geschäftsmodell (*free service for data*) und einer Reihe von Skandalen dieser Konzerne. Zudem ist sie darauf zurückzuführen, dass Europa in den USA – auch wegen der Snowden-Enthüllungen – nur noch eingeschränkt jenen verlässlichen Wertepartner sieht, der als globale Ordnungsmacht den Anspruch hegt, die liberale Ordnung an der Schwelle zum digitalen Zeitalter zu verteidigen.

USA: Geopolitics first

Die USA befinden sich in einem geopolitischen Konflikt mit China, bei dem es aus ihrer Sicht um die Vorherrschaft im 21. Jahrhundert geht.

Im Zentrum dieses Konfliktes steht die Technologieführerschaft bei Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien, da diese als entscheidender Faktor für die Machtverteilung der Zukunft angesehen wird. Vor diesem Hintergrund drängen die USA nicht nur auf einen Ausschluss chinesischer Zulieferer beim 5G-Netzaufbau in Europa, sondern sehen auch manche Bestrebungen Europas zur Stärkung der digitalen Souveränität skeptisch. Dies umfasst zum einen jene Maßnahmen, bei denen Europa durch staatliche Interventionen versucht, europäische Champions dort zu schaffen, wo US-Unternehmen den Markt dominieren. Zum anderen sehen die USA Regulierungen skeptisch, mittels derer Europa aus Sicht der USA versucht, seinen Markt stärker gegenüber führenden US-Unternehmen abzuschotten bzw. US-Unternehmen stärker zu regulieren.

Vier Ratschläge für bessere transatlantische Beziehungen

Keine Äquidistanz!

Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, ist das europäische Anliegen der Selbstbehauptung richtig. Es wäre indes ein Trugschluss, Europa hierbei in eine Äquidistanz zu den USA und China zu stellen. Bereits ein kurzer Blick auf Chinas digitalen Autoritarismus verdeutlicht, dass es vor allem Chinas illiberale Vision des digitalen Zeitalters ist, die einen diametralen Gegenentwurf zu dem menschenzentrierten Ansatz Europas bildet. Darüber hinaus zeigt ein genauerer Blick auf die USA und die politische Vielfalt der dortigen Stimmen, dass die Darstellung der USA als rein marktlibertäres Ordnungsmodell, das mit dem europäischen Ansatz nicht in Einklang zu bringen ist, viel zu kurz greift.

Gesunder Wettbewerb, wo er sinnvoll ist, aber die Kooperation nicht vergessen!

Ein weiterer Trugschluss liegt darin, den Innovationswettbewerb mit den USA als Nullsummenspiel zu verstehen. Während die USA insbesondere im Business-to-Consumer-Bereich (B2C) stark sind, liegen Europas Potenziale in der digitalen Transformation der bestehenden

Industriestrukturen. Statt auf die Förderung von europäischen Champions zur Rückeroberung von US-dominierten Märkten zu setzen, sollte Europa die digitale Transformation seiner industriellen Strukturen und hierbei notwendiger Technologien/Infrastrukturen – wie etwa bei Gaia-X – stärken. Darüber hinaus werden oft die immensen Potenziale verkannt, die sich aus der transatlantischen Verflechtung im Forschungs- und Innovationsbereich ergeben.

Allianzen stärken statt America first!

Es ist aber nicht nur Europa, das Trugschlüssen aufgesessen ist. Ein Merkmal des digitalen Zeitalters ist eine massive Zunahme der globalen Vernetzung und Komplexität von politischen Herausforderungen. Wollen die USA den geopolitischen Wettbewerb in diesem Zeitalter für sich entscheiden und die weitere Ausbreitung des digitalen Autoritarismus eindämmen, sind sie auf Wertepartner und Allianzen angewiesen. Statt Normen und Institutionen der liberalen Ordnung zu schwächen, sollten die USA zusammen mit Europa die liberale Ordnung für das digitale Zeitalter weiterentwickeln.

Es gibt mehr als nur den amerikanischen Weg!

Für die USA kann Europa ein wichtiger Partner sein, der sowohl Kompetenz bei der Gestaltung des digitalen Zeitalters als auch wirtschaftliche und weiche Macht einbringen kann. Wie nah sich die USA und Europa stehen, zeigt u. a. der Bereich der Handelspolitik, ist es doch hier die EU, welche China – z. B. mit Blick auf dessen Staatsunternehmen – stärker unter Druck setzt. Anders als die USA verfolgt Europa im Umgang mit China aber keine Entflechtungsstrategie, sondern versucht, bestehende gegenseitige Abhängigkeiten zur Durchsetzung politischer Interessen zu nutzen. Die USA müssen diesen Kurs nicht übernehmen, sollten ihn als strategische Alternative in einem global vernetzten Zeitalter allerdings ernst nehmen.

Sebastian Weise ist Referent für Innovationspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Frischer Wind in den transatlantischen Beziehungen?

Was ein Regierungswechsel im Weißen Haus für die Klimapolitik bedeuten könnte

Sabina Wölkner

„Ensure the U.S. achieves a 100 % clean energy economy and reaches net-zero emissions no later than 2050.“ Der Satz aus dem „Biden-Plan“ lässt aufhorchen. Übereinstimmungen mit den 2019 präsentierten Leitlinien des europäischen Nachhaltigkeitspakts (European Green Deal) sind unverkennbar. Auch die EU schwört sich und ihre Mitgliedstaaten auf Klimaneutralität ein. Brüssel und Biden wollen Arbeitsplätze in der *Green Economy* schaffen und in saubere Energietechnologien massiv investieren. Käme es in den transatlantischen Beziehungen nach den frostigen Trump-Jahren im Fall eines Regierungswechsels im Weißen Haus also zu einem „Klimawandel“?

Jein. Zwar wirbt Joe Biden, Präsidentschaftskandidat der Demokraten, für eine *Clean Energy Revolution* und will im Fall seines Wahlsiegs die USA in das Pariser Klimaschutzabkommen zurückführen, aus dem das Land unter Präsident Donald Trump ausgeschieden ist. Doch dass mit seinem Wahlsieg eine „Ära des Klimaschutzes“ im transatlantischen Verhältnis ausbrechen würde, ist unwahrscheinlich. Zunächst würde Biden die Mehrheit fehlen, wenn der Senat in republikanischer Hand bliebe. Und anders als in der europäischen Diskussion sind in den USA weniger Fridays for Future oder Gretas „How dare you“ die Bezugspunkte, um etwas zu bewegen. Der eigentliche Grund ist Sicherheit, kurz: „It’s the security, stupid!“

Klimapolitik als Geschäftsmodell

Biden sieht den Klimawandel als „greatest threat to our security“, weil dadurch verursachte weltweite Verteilungskonflikte geopolitische Implikationen haben. In der multilateralen Zusammenarbeit sieht er – im Gegensatz zum Amtsinhaber – ein Mittel zur Gefahreneindämmung. Die Rückkehr in das Pariser Abkommen wiederum ist die Voraussetzung, um die Reduktion der CO₂-Emissionen weltweit einzufordern und damit die anderen großen Verschmutzerstaaten nicht vom Haken zu lassen. Seine Kampfansage richtet sich besonders an ein Land: China. Er beschuldigt Peking, durch sein Seidenstraßenprojekt Milliarden US-Dollar in schmutzige Energieprojekte zu stecken und fordert ein Ende der Subventionen. Globale Klimaschutzpolitik ist für ihn eine Stellschraube, um die chinesische Regierung beim Handel zu Zugeständnissen zu zwingen, und offenbart gleichzeitig das andere Motiv: Business. Der Blick der Amerikaner ist dabei nüchterner als der europäische. Nirgendwo wird dies deutlicher als im oft zitierten Brief des BlackRock-Vorsitzenden Larry Fink an die CEOs der Unternehmen, in die die Klienten des Vermögensverwalters investieren. Indem er Regierungen, Unternehmen und Shareholder auffordert, den Klimarisiken zu begegnen, kommt darin nicht die späte Erkenntnis eines reuigen Klimasünders zum Ausdruck, sondern einfach sein guter Riecher fürs Geschäft.

Zahlreiche US-Bundesstaaten machen es vor. Neben Kalifornien haben sich weitere an die Spitze gestellt, darunter der Ölstaat Texas, der mit Abstand größte Windstromerzeuger in den USA. Den Bundesstaat plagt dabei jedoch kein schlechtes Klimagewissen. Dass dieser auf Windenergie setzt, liegt am schnöden Mammon. Der Bedarf an Windenergie ist in den USA riesig. Der Aufstieg der Industrie begann in den Nullerjahren unter dem republikanischen Gouverneur Rick Perry. Perry, unter Trump zeitweilig Energieminister, leugnete zunächst, dass der Klimawandel menschengemacht sei. Mittlerweile gibt er zu, dass Menschen eine Rolle spielen, aber dieses agnostische Bekenntnis erzeugt in europäischen „Klimaschutzkreisen“ nur Kopfschütteln. Klimaschutz und saubere Energiegewinnung

gehen in den USA eben nicht unbedingt Hand in Hand. Gleichzeitig zeigt sich darin der Graben, der zwischen den politischen Lagern verläuft. Nur 21 Prozent der Republikaner räumen dem Klimawandel oberste Priorität ein. Bei den Anhängern der Demokraten sind es 78 Prozent.

Mehr als Ökologie

Die Tempomacher in den USA sind die Städte. Die texanische Hauptstadt Austin gilt als eine der grünsten US-Städte. Umweltaktivisten preisen sie als „leuchtendes Beispiel für Nachhaltigkeit“. Auch Houston veröffentlichte seinen Klimaaktionsplan, in dem es sich zu erneuerbaren Energien und den VN-Nachhaltigkeitszielen bekennt. Kein Wunder, bieten sich den Städten im Rahmen von stadtplanerischen Konzepten wie *Smart* oder *Green City* Anknüpfungspunkte für die überfällige Modernisierung ihrer Infrastruktur und Energieversorgung. Doch es geht nicht allein um Ökologie. Eric Garcetti, Bürgermeister von Los Angeles, erklärt: „By addressing the environment, economy, and equity together, we will move toward a truly sustainable future.“

Ob dieser Vorsatz in Corona-Zeiten hält, bleibt abzuwarten. Jetzt müssen sich die von der Pandemie stark betroffenen Metropolen wie New York auf die sozioökonomischen Folgen konzentrieren. Allerdings kämpfen damit nicht nur Amerikas Städte. Auch in der EU sind Arbeitslosigkeit und Rezession oberstes Thema. Mit der angestrebten Verschärfung der Klimaziele will die EU die Krise jedoch für den Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell nutzen. Die Betriebstemperatur in den transatlantischen Beziehungen könnte daher zwar steigen. Ein dramatischer Anstieg ist jedoch ebenso nicht zu erwarten.

Sabina Wölkner ist Leiterin der Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Zerstörer der liberalen Weltordnung?

Trumps Unilateralismus und seine Folgen

Andrea Ellen Ostheimer

Im vierten Jahr der Amtszeit von US-Präsident Donald Trump haben sich viele Befürchtungen bestätigt. Der Rückzug aus multilateralen Institutionen wird konsequent umgesetzt. Die Aufkündigung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, der Rückzug aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, die einseitige Aufkündigung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) mit Iran und der Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind nur einige Beispiele. Sie demonstrieren eine rein von kurzfristigen nationalen Interessen geleitete und auf die Erfüllung von Wahlkampfversprechen ausgerichtete Außenpolitik des US-Präsidenten.

Vor den Präsidentschaftswahlen muss Trump unter Beweis stellen, was er umsetzen konnte. Da seine Erfolgsbilanz durch das schlechte Management der COVID-19-Pandemie und die desaströsen Auswirkungen für die amerikanische

Bevölkerung getrübt wird, sind Schuldzuweisungen an andere und eine Politik des Isolationismus einfache Mittel, um die Wählerbasis zufriedenzustellen. Ein zähes Ringen um Kompromisse im multilateralen Kontext ist aus dieser Perspektive eher Zeitverschwendung und verwässert zugleich nationale Interessen.

Nullsummenspiel statt Multilateralismus

Isolationismus und Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik führen dazu, dass die einst vorhandene globale Führungsrolle sukzessive verspielt wird. Die hohe Zahl an personellen Wechseln im außen- und sicherheitspolitischen Bereich wie auch die politische Positionierung der USA im multilateralen System der Vereinten Nationen (inklusive Rückzug aus dem VN-Menschenrechtsrat und Aufgabe der UNESCO-Mitgliedschaft sowie die Einstellung

der Unterstützung für UNRWA) unterstreichen die von einer kurzfristigen Kosten-Nutzen-Rechnung geleitete Politik.

Das Nullsummenspiel in den internationalen Beziehungen scheint wieder salonfähig geworden zu sein. Damit steigt das Risiko für Konflikte und deren gewaltsame Austragung. Die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene wertebasierte Weltordnung erodiert und der Rückzug der USA auf eine rein an vermeintlichen nationalen Interessen ausgerichtete Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik findet ihre Nachahmer. Dabei werden Fakten nachrangig und es dominieren an Emotionen appellierende, verkürzte und aus dem Zusammenhang gerissene Argumente.

Peking profitiert

Was die normative Dimension der internationalen Politik angeht, hinterlässt der Rückzug der USA ein Vakuum, das rasch von autokratischen Regimen und ihrem ganz eigenen Verständnis von Souveränität, Partizipation und Nichteinmischung gefüllt wird. Vor allem China versteht es geschickt, dieses Vakuum für die eigenen Interessen zu nutzen und Allianzen mit Gleichgesinnten zu schmieden.

Darüber hinaus wächst das militärische Selbstbewusstsein Chinas. Dies wird etwa am Grenzkonflikt mit Indien, an der Einschränkung ziviler Rechte in Hongkong wie auch im Verhältnis zu Taiwan deutlich. Es zeigt sich aber auch beim Aufbau der „Perlenkette“ von Handels- und auch Militärstützpunkten im Indischen Ozean und an der Ostküste Afrikas.

Im VN-Kontext macht China vermehrt seinen Einfluss auf die Ausgestaltung der Mandate von VN-Friedensmissionen geltend und engagiert sich verstärkt sowohl finanziell als auch personell. Während die USA ihren Finanzierungsanteil von VN-Friedensmissionen bereits 2018 von 28,5 auf 25 Prozent kürzten und damit unter den offiziell zugeschriebenen Mitgliedsbeiträgen bleiben, hat China seinen Beitrag auf 15 Prozent aufgestockt und eine Milliarde US-Dollar pro Jahr für die nächsten fünf Jahre zugesichert. 8.000 Soldaten der Volksbefreiungsarmee wurden darüber

hinaus von China für Friedensmissionen vorbereitet.

Nachahmungseffekt und Schadensbegrenzung

Die Schnittmenge zwischen den USA und den transatlantischen Partnern ist kleiner geworden. Deshalb stellt sich die Frage, in welchen Bereichen und bei welchen multilateralen Initiativen eine Kooperation zukünftig noch möglich sein wird bzw. inwieweit Deutschland und Europa in der Lage sein werden, den Rückzug der USA zu kompensieren. Die Verhandlungen rund um den rechtlich nicht bindenden Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration zeigten bereits den Nachahmungseffekt, den der Ausstieg einer einflussreichen Nation wie der USA haben kann, und machten deutlich, wie kontrovers multilaterale Lösungen mittlerweile auch in Europa wahrgenommen werden.

Um die liberale Weltordnung und den Multilateralismus zu stärken, werden sich Deutschland und diejenigen in Europa, die noch zum EU-Wertekanon stehen, nicht nur auf die Suche nach neuen Partnern und Gleichgesinnten machen und strategische Allianzen durch Ad-hoc-Zusammenschlüsse ersetzen müssen. Die von Deutschland und Frankreich 2019 ins Leben gerufene Allianz für den Multilateralismus ist ein erster Schritt in diese Richtung. Es wird allerdings auch notwendig werden, sich von einem rein zwischenstaatlichen Ansatz zu lösen. Insbesondere die Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors sind stärker in den Dialog einzubinden, neue Partner sind weltweit zu identifizieren.

Bisher zahlen vor allem die Europäer den Preis für den Rückzug der USA und kompensieren deren Abwesenheit in vielen Bereichen der multilateralen Zusammenarbeit. Gestaltungswille und Gestaltungskonzepte sind dabei allerdings noch unzureichend ausgeprägt und die politischen Antworten oftmals nur reaktiv.

Andrea Ellen Ostheimer ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in New York.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.2019, Nr. 126, S. 6](#)

Heimspiel in Harvard

Merkel redet an der renommierten Universität über das Einreißen von Mauern, über Lügen und Wahrheiten – und kritisiert Trump, ohne ihn zu nennen

Majid Sattar

Ziemlich am Schluss ihrer Rede auf der Graduierertenfeier der Harvard Universität spricht Angela Merkel über das Ende ihrer Zeit in der Politik. Es gebe keinen Anfang ohne ein Ende. „Ich glaube, dass wir immer wieder bereit sein müssen, Dinge zu beenden, um den Zauber des Anfangens zu spüren“, sagt die Kanzlerin in Anlehnung an Hermann Hesse, den sie den Absolventen zu Beginn ihrer Rede schon einmal ans Herz gelegt hatte.

Das sei ihre Erfahrung gewesen – im Studium, in der Wissenschaft und auch in der Politik. Dann fügt sie an: „Und wer weiß, was für mich nach dem Leben als Politikerin folgt.“ Das sei völlig offen. Klar sei nur: „Es wird wieder etwas

anderes und Neues sein.“ Wieder etwas anderes und Neues, sagt Merkel, weil es schon einmal so gewesen sei. 1989, nach dem Fall der Mauer, habe sie die Grenze überschreiten können und sei „ins Offene“ gegangen. Von Ost nach West. Und: von der Wissenschaft in die Politik.

Zuvor schon hatte sie gesagt, es werde „nicht mehr lange dauern“, dann seien Politiker ihrer Generation nicht mehr Gegenstand des Kurses „Exercising Leadership“, also eines Seminars über praktisches Regieren, sondern eines über „Leadership in History“. Die Historisierung Merckels hat begonnen. Zu den vielen Spekulationen, die es seit Jahren darüber gibt, was Merkel in

der Nach-Merkel-Zeit machen könnte, gehörte stets das Szenario, dass sie dereinst mit ihrem Mann an eine amerikanische Universität geht: Er könnte sich dann weiter mit theoretischer Chemie beschäftigen. Und sie hätte das geeignete Umfeld, um ihre Memoiren zu schreiben.

Die Kanzlerin verbringt den ganzen Donnerstag auf dem Harvard Yard, dem Campus der Universität in Cambridge bei Boston. Mehr als zwanzigtausend Leute haben sich hier eingefunden. Es ist „Commencement“ angesagt, 7100 Absolventen – Bachelors, Masters und Doktoren aller Fakultäten – werden ins Leben entlassen. Am Vormittag gehört Merkel zum illustren Kreis derer, denen die Ehrendoktorwürde verliehen wird. Das ganze Prozedere scheint sie zu beeindrucken: der Einmarsch der Graduierten in ihren Talaren, der in Frack und Zylinder gekleidete Sheriff von Middlesex County, dem traditionell die Aufgabe zukommt, die Abschlussfeier zu eröffnen, der lateinische Redebeitrag und das Singen der Hymnen. Als ihr dann selbst die Urkunde überreicht wird und der Kanzler der Universität sie lobt, ihr Land und Europa durch die Winde einer sich wandelnden Welt gesteuert zu haben, strahlt sie über das ganze Gesicht. Sie erhielt den Ehrendoktor von der Harvard Law School, jener Fakultät also, an der einst Barack Obama studierte.

Merkel war schon vor vielen Monaten gebeten worden, die Ansprache an die Absolventen zu richten. Eine Ehre, die schon ihren Vorgängern Konrad Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl sowie Bundespräsident Richard von Weizsäcker zuteilgeworden war. Man hatte die Kanzlerin gebeten, eine persönliche Rede zu halten, schließlich gehe es darum, jungen Leuten etwas mit auf den Weg zu geben. Merkel kommt dem Wunsch nach. Und sie tut mehr als das. Es ist gewiss kein Zufall, dass man ihr Vermächtnis als Gegenentwurf zu allem begreifen kann, wofür Donald Trump steht. Genau deshalb hatte Harvard, das wissenschaftliche Zentrum des amerikanischen Liberalismus, die Deutsche eingeladen. Und genau dafür feiert man sie nun.

Merkel erwähnt freilich den Namen des amerikanischen Präsidenten kein einziges Mal. Sie

spricht über Protektionismus und Handelskonflikte, die den freien Welthandel gefährdeten. Sie erwähnt die Dringlichkeit, die Menschheitsherausforderung des Klimawandels in den Griff zu bekommen. Sie bekräftigt ihr schon mehrfach vorgebrachtes Plädoyer für den Multilateralismus und sagt in direkter Verkehrung von Trumps Bekenntnis, ein „Nationalist“ und „Antiglobalist“ zu sein: Mehr denn je müsse man „global statt national“ handeln und „weltoffen statt isolationalistisch“. Dann appelliert sie an den Ethos der jungen Wissenschaftler jener Universität, deren Motto „Veritas“ heißt: Es bedürfe der Wahrhaftigkeit; Wahrheiten dürften nicht Lügen genannt werden und Lügen nicht Wahrheiten, sagt sie. Die Absolventen und die Elterngeneration springen nun auf von ihren Stühlen und jubeln. Die Stichworte „Fake News“ und „alternative Fakten“ müssen nicht fallen. Jeder weiß, was gemeint ist.

Alles, was Merkel sagt, würde sie so auch anderswo sagen. Ohne den gegenwärtigen amerikanischen Kontext. Und doch ist der Bezug zu Trump keine Konstruktion des Publikums: Merkel redet über den Respekt vor der Geschichte, der Tradition, der Religion und der Identität anderer. Sie spricht von „unveräußerlichen Werten“ und davon, dass man bei allem Entscheidungsdruck nicht immer den „ersten Impulsen“ folgen sollte, sondern zwischendurch einen Moment innehalten, schweigen, nachdenken und Pause machen sollte. Das Publikum lacht.

Natürlich ist es so, dass die Deutung der eigenen Worte nicht in Merkels Macht liegt. Dennoch kann es die Kanzlerin nicht überraschen, dass das Publikum auch diese Passagen auf den Twitter-Präsidenten bezieht. Ebenso wird es sie nicht erstaunt haben, dass die Präsidentin der Alumni-Vereinigung sie zuvor als jene Kanzlerin vorgestellt hatte, die in Deutschland den Mindestlohn und die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt und „ihr Land einer Million Flüchtlingen aus dem Nahen Osten geöffnet“ habe. Zu Hause muss Merkel angesichts dieser Entscheidungen den Absturz ihrer Partei ertragen. In Harvard hingegen ist sie die Projektionsfläche des liberalen Amerikas. Merkel sagt: „Wir können die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen.“

Und fügt dann hinzu: „Das alles können wir schaffen.“ Am Morgen hatte eine junge Frau eine der Reden der Absolventen gehalten. Ihr Name: Lucila Hanane Takjerad. Die Algerierin erzählte von ihrer Flucht aus dem Bürgerkriegsland in den neunziger Jahren, vom Glück, mit ihrer Familie Asyl in Frankreich erhalten zu haben. Nicht viel, sagte sie, habe in ihrem Leben dafür gesprochen, dass sie einmal an diesem Ort diese Rede halten würde. Merkel lauschte den Worten sichtlich gerührt.

Wie sehr Harvard sich verändert hat, spiegelt das Publikum wider: Die Absolventen des Jahres 2019 stammen aus allen Weltgegenden, aus allen Ethnien und Religionsgruppen. Als am Nachmittag die alten Jahrgänge, die Graduierten der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, unter Blasmusik einmarschieren beziehungsweise im Rollstuhl zu ihren Plätzen gefahren werden, wird der Wandel offensichtlich: Es sind die grau gewordenen Vertreter der weißen, protestantischen Ostküsten-Elite, die nun ihren Nachfolgern zujubeln. Einige von ihnen waren dabei, als Außenminister George Marshall 1947 die Rede auf der Graduiertenfeier hielt und den nach ihm benannten Plan verkündete, dessen offizieller Name das Europäische Wiederaufbauprogramm war.

Merkel erwähnt den Marshall-Plan in ihrer Rede: Die transatlantische Partnerschaft mit den Werten von Demokratie und Menschenrechten habe Europäern und Amerikanern schon eine über siebzig Jahre dauernde Zeit des Friedens und des Wohlstands beschert, von der alle profitierten. Merkels Botschaft ist klar: Amerika ist weit mehr als Trump. „Reißt die Mauern der Ignoranz und Engstirnigkeit ein“, sagt sie in ihrem Schlussplädoyer, einer kurzen, auf English vorgetragenen Passage. Denn nichts müsse so bleiben, wie es sei.

Wenn Merkel dereinst ihre Memoiren verfasst, könnte es gut sein, dass dieser Tag mit einigen Zeilen Erwähnung findet. In 14 Jahren hatte sie gewiss nur wenige Arbeitstage mit nur einem Termin, zumal einem so angenehmen. Doch so gut ihr die Stunden im Kreise der akademischen Elite getan haben mögen – in Amerika selbst findet ihre Rede kaum Resonanz. Das Großereignis wird von

den Zeitungen der Ostküste vermeldet und durchaus notiert, dass die Deutsche sich von Trump abgegrenzt habe. Ansonsten beschäftigen sich die ohnehin selbstbezogenen Medien lieber mit dem Klein-klein des täglichen Kampfes zwischen Kongress und Präsident. Keiner sollte glauben, in Harvard sei ein Land wachgerüttelt worden.

Dr. Majid Sattar ist Nordamerika-Korrespondent der F.A.Z. mit Sitz in Washington D.C.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

ISSN 0177-7521
36. Jahrgang
Sonderausgabe 2020



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 83
Telefax (030) 269 96-53 383
www.auslandsinformationen.de
[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)
www.twitter.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Samuel Krug

Redaktion:
Dr. Canan Atilgan
Thomas Birringer
Dr. Stefan Friedrich
Dr. Lars Hänsel
Dr. Peter Hefe
Frank Priess
Sabina Wölkner
Nils Wörmer
Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:
Valentin Carl, Gregory Meyer, Sarah Müller
und Leontine Päßler

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement
günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein
Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informa-
tionen und Bestellungen wenden Sie sich bitte
an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Ai-Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Das Copyright für die Beiträge aus F.A.Z. und
F.A.S. liegt bei der Frankfurter Allgemeine
Zeitung GmbH, Frankfurt am Main.

Titelfoto:
Der französische Präsident Emmanuel Macron,
Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident
Donald Trump beim G20-Treffen in Hamburg
2017.
© John MacDougall, Reuters.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Gestaltung / Satz:
racken GmbH, Berlin

Was Sie schon immer
über die Welt wissen wollten...



... erfahren Sie in den
Auslandsinformationen (Ai)



Ai

Als Printausgabe bestellen unter ai@kas.de
und im Netz:

auslandsinformationen.de

[facebook.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)

twitter.com/auslandsinfo

[instagr.am/auslandsinfo](https://www.instagram.com/auslandsinfo)



Ai

auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
twitter.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo